

FDP

Die Liberalen

SOLOTHURNER FREISINN



Schwerpunkt Europapolitik Solothurn	2 bis 8 9 bis 11	Nein zum Geldspielgesetz Nein zu Vollgeld	12 13	Delegiertenversammlung FDP Frauen	15 18	RADIGAL Agenda und Umfrage	19 23
-------------------------------------	---------------------	--	----------	--------------------------------------	----------	-------------------------------	----------

25. Jahrgang / Erscheint viermal jährlich / Offizielles Organ der FDP.Die Liberalen Kanton Solothurn

Inhalt

Kantonales Energiegesetz

Die FDP begründet ihr Nein zu dieser unliberalen Vorlage. Unter dem Deckmantel Klimaschutz droht ein bürokratischer und kostspieliger Irrlauf mit massiven Eingriffen in die Eigentumsfreiheit.

Seite 9

Gedanken des Präsidenten

Weg mit den 68ern – wir wollen uns auf das Abenteuer Zukunft einlassen.

Seite 10

Mit der Wende in die Sackgasse

Wenn der Staat anfängt, Megawatt zu zählen – auch unser Gastautor ärgert sich über das neue Energiegesetz.

Seite 11

Schwerpunkt Europapolitik

Liebe Leser/innen, der «Freisinn» erhält dieses Jahr ein «Update». Teil des Konzepts sind nationale Themenschwerpunkte. Der kantonale Teil folgt in dieser Ausgabe deshalb ab Seite 9. Gerne nehmen wir Ihre Meinung dazu in der Umfrage auf Seite 23 entgegen. Vielen Dank für Ihre geschätzte Rückmeldung.

Parolenfassungen

Kalte Schulter fürs Energiegesetz

Die freisinnigen Delegierten fassten deutlich die Nein-Parole zur Teilrevision des kantonalen Energiegesetzes. Auch das eidgenössische Geldspielgesetz wird abgelehnt.

Die Solothurner FDP sagte an der Delegiertenversammlung in Witterswil klar Nein zum verschärften Energiegesetz. Massive Eingriffe in die Eigentumsfreiheit verursachen hohe Kosten und führen zu mehr Bürokratie. In der engagiert geführten Debatte mit Befürwortern und Gegnern wurde rasch klar, dass die Einführung der energetischen Mustervorschriften der Kantone (MuKEN 2014) bei der FDP-Basis keine Gnade finden würde. 114 zu 6 bei 5 Enthaltungen lautete schliesslich das klare Verdikt gegen das Gesetz. Auch das neue Geldspielgesetz, das ausländische Online-Glücksspielangebote mittels Netzsperrern verhindern will, wurde abgelehnt. Mit 62 zu 50 Stimmen und 10 Enthaltungen fiel das Resultat jedoch relativ knapp aus. Die Referendumsführer aus den Kreisen der Jungfreisinnigen wissen nun aber nach der nationalen Mutterpartei auch die Solothurner FDP hinter sich.

Das Präsidium der FDP.Die Liberalen Kanton Solothurn ist nun wieder vollständig besetzt. Der Breitenbacher Kantonsrat Christian Thalmann wurde zum zweiten Vizepräsidenten der Kantonalpartei gewählt. Der 44-jährige



Podium an der Delegiertenversammlung in Witterswil.

ge Buchhalter sitzt seit 2007 für die FDP im Kantonsparlament und ist Mitglied der Finanzkommission. Gemeinsam mit Vizepräsidentin Anita Panzer (Feldbrunnen) und Präsident Stefan Nünlist (Olten) ist die FDP-Spitze in allen drei Kantonsteilen ideal abgestützt.

Abgerundet wurde der lebhafteste Abend mit dem Auftritt des Ober-

staatsanwalts des Kantons Solothurn, Hansjürg Brodbeck. Unter dem Titel «Die Solothurner Staatsanwaltschaft in den Schlagzeilen» scheute sich der oberste Strafverfolger des Kantons nicht, sich den kritischen Fragen aus dem Publikum zu stellen. Er löste seine Aufgabe souverän und kompetent und konnte einiges zu einem besseren gegenseitigen Verständnis beitragen.

Editorial

Für eine bilaterale, souveräne Schweiz

Liebe Freisinnige,

Die kommenden Jahre werden für das Verhältnis zwischen unserer Schweiz und der Europäischen Union sehr entscheidend. Die Beziehungen und das dazugehörige Vertragswerk sind kompliziert, was Anlass für viel Polemik gibt. Wichtig ist, dass man sich sachlich die Fakten anschaut und die Vorteile erkennt.

Antreten für die Zukunft

Die konservativen Kräfte der Schweiz verpassen keine Gelegenheit, um den Untergang der Schweiz heraufzubeschwören. Auf konstruktive Vorschläge von dieser Seite wartet man vergebens. Gleichzeitig macht sich Verunsicherung breit, weil sich niemand traut, den Nutzen und die Wahrheit der Bilateralen herauszustreichen. Unsere Aufgabe als Freisinnige ist es, hier konstruktiv in die Diskussion einzusteigen und Fakten auf den Tisch zu bringen. Die FDP ist die Garantin des Erfolgsmodells Schweiz, und wir treten an, um dieses für die Zukunft der Schweiz und unserer zukünftigen Generationen zu sichern. Es hilft nicht,



Petra Gössi

die Realität ignorieren zu wollen – wir müssen uns dieser offen stellen und eine Abwägung im Interesse der Schweiz treffen. Nur so kommen die Schweiz und ihre Bevölkerung weiter.

Innovations-Hotspot bleiben

Fakt ist, dass die Schweiz eine Exportnation ist. Unsere Arbeitsplätze und unser Wohlstand basieren auf Export: Allein 2017 gingen Produkte für fast 110 Milliarden Franken ins Ausland

– 53 Prozent davon in EU-Staaten. Ein Grossteil davon geht wiederum in die direkt angrenzenden Regionen wie Baden-Württemberg.

Der Freihandel lässt Schranken wegfallen, fördert enge Kooperation zwischen unseren Wirtschaftsregionen und Bildungsstätten und sorgt für Innovation und Rechtssicherheit. Dieses Klima macht die Schweiz und die angrenzenden Regionen zu einem Hotspot der Wettbewerbsfähigkeit und der Innovation. Ermöglicht haben uns dies auch die bilateralen Verträge. Konservative Schätzungen zeigen, dass das BIP pro Kopf ohne die Bilateralen heute um 5,7 Prozent tiefer wäre. Das ist jedes Jahr viel Geld für jede Schweizerin und jeden Schweizer.

EU-Beitritt kommt nicht in Frage

Als kleines Land mit kleinem Binnenmarkt sind wir mehr als andere Länder auf den Aussenhandel angewiesen. Unsere wichtigsten Handelspartner sind unsere direkten Nachbarn. Wir sind stark vernetzt, profitieren voneinander und bilden den Wirtschafts- und Innovationsmotor des ganzen Kontinents. Lassen wir die Bilateralen fal-

len, ziehen wir uns in ein Schneckenhaus zurück und vergeben die Chance, weiterhin aktives und vernetztes Kernstück eines einmaligen Wirtschafts- und Innovationsraumes zu sein.

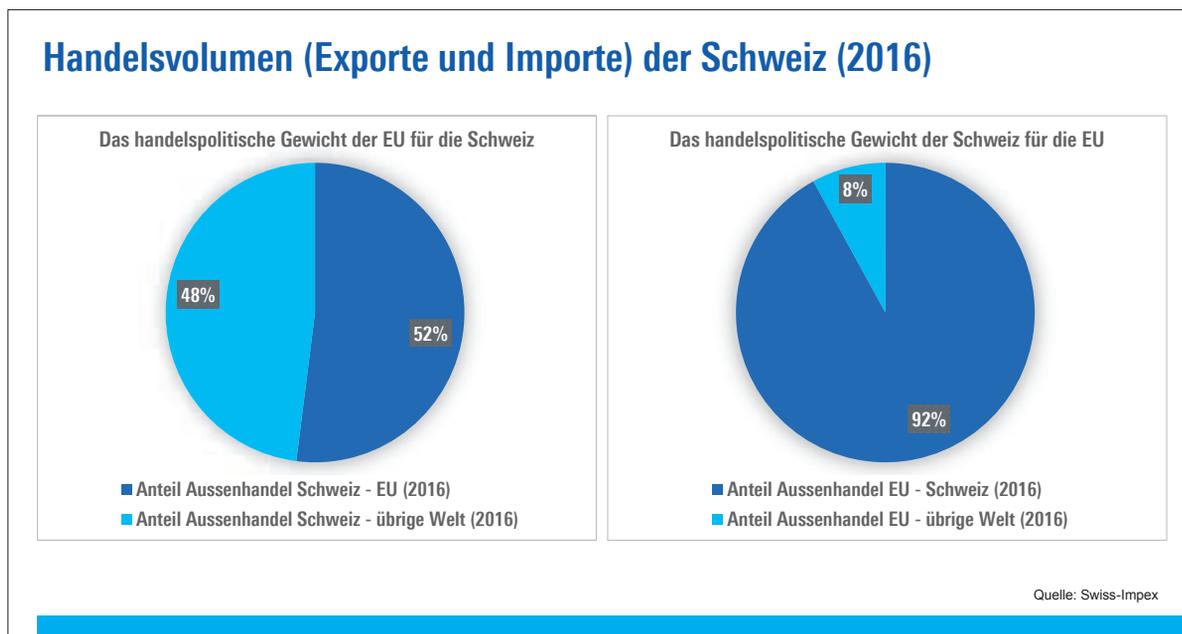
Die bilateralen Verträge bescherten der Schweiz entsprechend Arbeitsplätze, Wohlstand und Rechtssicherheit durch Teilhabe am grössten Binnenmarkt der Welt. Wer seine Augen auf das grosse Ganze richtet, erkennt: Die Bilateralen Verträge bringen uns die Vorteile des Europäischen Binnenmarktes, ohne dass wir der EU beitreten müssen. In einem sich verändernden Umfeld müssen Verträge aber auch an neue Gegebenheiten angepasst werden. Deshalb gilt es nun, die bilateralen Verträge zum Vorteil der Schweiz weiterzuentwickeln, um diesen wichtigen Teil des Erfolgsmodells Schweiz langfristig zu sichern. An unserer Souveränität darf sich aber auch mit der Weiterentwicklung der Bilateralen nichts ändern: Die Schweiz ist und bleibt eigenständig; ein Beitritt zur EU kommt nicht in Frage. So einfach ist das.

Erfolgsmodell bilaterale, souveräne Schweiz

Wenn wir weiterhin stark und souverän bleiben wollen, sind wir auf Austausch und Vernetzung angewiesen. Erst Protektionismus und Abschottung werden uns nämlich in einen Zustand der Abhängigkeit treiben. Der bilaterale Weg verschafft uns den enorm wichtigen Zugang zum EU-Binnenmarkt, ohne dass wir EU-Mitglied sein müssen. Ein Ende des bilateralen Wegs liesse der Schweiz nur noch zwei Optionen: Den EU-Beitritt oder die völlige Isolation – beides wollen wir nicht!

Stehen wir also für die Bilateralen ein. Seien wir mutig, öffnen unsere Augen, nehmen die Herausforderung selbstbewusst an, und gehen wir als Schweiz gemeinsam in eine Zukunft, die uns Chancen bietet. Schreiben wir weiter am Erfolgsmodell einer bilateralen, souveränen Schweiz.

Ihre Petra Gössi



Der schweizerische Anteil des Aussenhandels der EU betrug 2016 starke 8 Prozent. Umgekehrt betrug der Anteil der EU am gesamten Aussenhandel der Schweiz 2016 52 Prozent und ist 2017 sogar noch gestiegen (53 Prozent). Die Weiterentwicklung des bilateralen Wegs mit der EU liegt in unserem vitalen Interesse.

Aus dem Fraktionsseminar

Ein klares Bekenntnis zum bilateralen Weg

Die FDP will beim Europa-Dossier weiterhin die Zügel in der Hand behalten. Darum hat sich die FDP-Liberale Fraktion in den vergangenen Monaten eingehend mit dem Verhältnis der Schweiz zur EU beschäftigt und die wichtigsten Eckpunkte am gemeinsamen Fraktionsseminar definiert. Diese «Auslegeordnung» stelle ich Ihnen hier kurz vor.

Beat Walti, Nationalrat ZH, Fraktionspräsident

Für die FDP ist der Fall klar: Der bilaterale Weg ist eine Erfolgsgeschichte. Trotzdem werden wir uns in den nächsten Monaten mehrmals mit Vorlagen aus «Abschotter»-Kreisen auseinandersetzen müssen. Im Hinblick auf diese Debatten hat die FDP-Liberale Fraktion beschlossen, sich an ihrem jährlichen Fraktionsseminar intensiv mit der Weiterentwicklung der bilateralen Beziehungen mit der EU zu befassen. Das Ziel war klar: Wir wollen wegkommen von einer passiven Positionierung gegenüber der EU und in Zukunft aufzeigen, welche Prioritäten und Forderungen die FDP aktiv setzt. Zu diesem Zweck hat die Fraktion diverse Experten aus Wirtschaft und Wissenschaft eingeladen. Im Austausch mit ihnen und Aussenminister Ignazio Cassis konnte eine gute Grundlage erarbeitet werden, die dazu diente, die Themen Personenfreizügigkeit (PFZ), institutionelle Fragen und Schengen/Dublin vertieft zu diskutieren.

Personenfreizügigkeit

Im Austausch mit Swissmem-Präsident Hans Hess wurde rasch klar, dass der freie Personenverkehr nicht nur der Schweizer Bevölkerung im Ausland Chancen bietet, sondern ein unverzichtbares Instrument für das Funktionieren unserer Wirtschaft darstellt. Mit der PFZ haben unsere Unternehmen unbürokratisch Zugang zu dringend benötigten Fachkräften. Klar ist aber auch, dass die Bedenken der Bevölkerung im Hinblick auf die Zuwanderung ernst genommen werden müssen. Das hat uns die Annahme der MEI deutlich gezeigt. Daher ist der beschlossene Inländervorrang konsequent umzusetzen. Dieser braucht aber



Beat Walti

Zeit, bis er die volle Wirkung erzielen kann. Hier sehen wir vor allem die Wirtschaft in der Verantwortung, die das inländische Potenzial bestmöglich ausnutzen muss. Unbestritten war die

ablehnende Haltung zur kürzlich lancierten Begrenzungsinitiative, welche die PFZ abschaffen will – und damit die Bilateralen «opfern» würde.

Institutionelle Fragen

In der festgefahrenen Debatte zu einem institutionellen Rahmenabkommen braucht es einen Neustart und eine nüchterne Auslegeordnung. Die Auslegeordnung über institutionelle Fragen, auch mit Bundesrat Ignazio Cassis, Prof. Dr. Michael Ambühl und Dr. Stefan Kux, zeigte klar, dass die politische Diskussion zu den Bilateralen zu stark von ideologischen Grabenkämpfen geprägt ist, obwohl eigentlich alle das gleiche Ziel verfolgen: den bestmöglichen Marktzugang zum

Binnenmarkt auch unter sicher verändernden Rahmenbedingungen zu sichern. Die diesbezüglichen Forderungen umfassen auch die Souveränität im (direkt-)demokratischen Rechtssetzungsverfahren inklusive Referendum. Darum kommt für die Fraktion nur eine «dynamische», aber keine «automatische» Rechtsübernahme in Frage.

Damit der Marktzugang langfristig gesichert bleibt, brauchen wir eine bessere Regelung der Zusammenarbeit mit der EU über u. a. eine klar definierte Streitbeilegung. Denn auf Machtspiele wie die gezielte politische Blockierung der Aktualisierung gewisser Abkommen können wir in Zukunft getrost verzichten.

Schengen/Dublin

Zu guter Letzt hat sich die Fraktion auch deutlich zu Schengen/Dublin bekannt. Unter der Leitung von Staatsrat Pierre Maudet wurde die Kosten-Nutzen-Analyse des Abkommens nochmals vertieft überprüft und klar ein positiver Nutzen festgestellt wurde. Es gewährleistet unsere Sicherheit und den Zugriff auf wichtige europäische Kriminal-Datenbanken. Zudem verhindert es, dass die Schweiz von Asylsuchenden überrannt wird und wir Hunderttausende von Zweit-Asylgesuchen abarbeiten müssten – vom unklaren Vollzug ganz zu schweigen. Der vereinfachte Grenzübertritt ist auch ein fundamentales Element für den unkomplizierten wirtschaftlichen Austausch mit unseren Nachbarländern und dem Rest der EU. Um Schengen/Dublin nicht zu gefährden, muss die EU-Waffenrichtlinie so unbürokratisch wie möglich umgesetzt werden. Die Fraktion hat sich darum erneut dafür ausgesprochen, im Parlament den bestehenden Umsetzungsspielraum maximal auszuloten.



Das Resultat des Seminars: Die FDP hält klar am bilateralen Weg fest.

Interview mit Bundesrat Ignazio Cassis

«Eine automatische Rechtsübernahme kommt nicht in Frage»

Vor einem halben Jahr hat Aussenminister Ignazio Cassis sein Amt angetreten. Im grossen «Freisinn»-Interview zieht er eine erste Bilanz und spricht über seinen Schlaf, rote Linien und die Weiterentwicklung der bilateralen Verträge.

Der mediale Rummel um die Europapolitik ist gross – Sie haben ein ausgesprochen schwieriges Dossier übernommen. Wie gut schlafen Sie da noch?

Ich habe immer gut schlafen können und bin dankbar, dass es so ist. Das erlaubt es mir, unter Stress starke Nerven zu behalten.

Oft wurde gefordert, die Schweiz habe gegenüber der EU endlich mit einheitlicher Stimme zu sprechen und selbstbewusster aufzutreten. Stimmt die Richtung jetzt?

Ja, tatsächlich gab es in den letzten Jahren eine Konfusion in der öffentlichen Debatte, aber auch ein zunehmendes Misstrauen – was wollen wir überhaupt? Das war die Anfangsarbeit: Klarheit zu schaffen über das, was wir wollen und über das, was wir nicht wollen.

Ziehen Sie ein positives Fazit Ihrer ersten Monate im Amt?

Durchaus. Die ersten 100 Tage waren sehr intensiv: Der wichtigste Test im EU-Dossier war die erste Sitzung des Bundesrates zu diesem Thema am 31. Januar, wo es darum ging, diese Hürde entweder zu überwinden oder direkt mit der Nase dageganzulaufen. Heraus kam zum Glück Ersteres. Weitere Sitzungen haben es dann erlaubt, Licht ins Dunkel zu bringen und festzulegen, wohin der Weg führen soll.

Provokativ gefragt: Können wir nicht auch ohne bilateralen Weg leben?

Natürlich können wir. Aber: Wir müssen uns bewusst sein, welche Auswirkungen das auf die Arbeitsplätze und den Wohlstand in der Schweiz hätte. Fakt ist: Handelsbeziehungen sind dann prosperierend, wenn sie sicher



Die Uhr rechts im Bild zeigt die Uhrzeit in italienischer Sprache und steht für die Tessiner Heimat.

und voraussehbar sind – das bedeutet Verträge. Etwa zwei Drittel unseres ganzen Handelsaustauschs mit der EU läuft über Deutschland, Frankreich und Italien. Wir haben diese Handelsbeziehung bisher erfolgreich über die

«Ein Freihandelsabkommen nimmt nur Zollhürden weg. Es ist nicht vergleichbar mit einem bilateralen Abkommen.»

bilateralen Verträge geregelt. Nun steht die Welt aber nicht still. Sie dreht sich weiter, und damit entwickeln sich auch diese Verträge. Wie wir diese Verträge «updaten» – das ist die berühmte «institutionelle Frage».

Wir brauchen also diesen institutionellen Mechanismus wegen der Rechtssicherheit? Welche Vorteile erhofft sich die Schweiz davon?

Es geht um die bestmögliche Wirtschaftsintegration bei geringstmöglicher

chem Souveränitätsverlust. Der Bundesrat hat den bilateralen Weg bestätigt – wir wollen aber nicht die vollständige Teilnahme auf dem EU-Binnenmarkt, weil wir dann zu viel Souveränität verlieren würden.

Welchen Eindruck haben Sie von den bisherigen Verhandlungen gewonnen? Finden die Verhandlungen auf Augenhöhe statt?

Technisch gesehen ja; das sind auf beiden Seiten Spezialisten. Politisch gibt es natürlich einen Unterschied: Die EU ist ein 520-Millionen-Menschen-Markt, wir sind 8,5 Millionen. Machtpolitik spielt in unserer Welt eine immer grössere Rolle. Grosse Staaten brauchen notfalls keine multilateralen Abkommen: Die USA, die Türkei, Russland oder China müssen nicht geschützt werden. Sie sind gross genug, um ihre Macht auszuspielen. Die Schweiz ist das nicht. Sie hat immer profitiert vom Rechtsschutz der multilateralen Abkommen. Und wir brau-

chen kluge rechtliche Beziehungen, damit wir soweit wie möglich in Ruhe und Wohlstand leben können.

Es besteht einige Verwirrung um die Begriffe dynamische bzw. automatische Rechtsübernahme und den Streitbeilegungsmechanismus.

Was bedeutet das, müssen wir um unsere Eigenständigkeit bangen?

Bestmöglichen wirtschaftlichen Marktzugang erreichen wir mit zweckmässigen Verträgen in verschiedenen Sektoren. Die institutionelle Frage betrifft zwei Dinge: Wollen wir gleich lange Spiesse im Schweizer und im EU-Binnenmarkt, damit wir im gleichen Fussballspiel spielen? Und: Wie regeln wir Streitigkeiten?

Wenn die Schweiz sich nicht an die Standards der EU anpasst, hat sie ein Wettbewerbsproblem. Für die Anpassung an die Rechtsentwicklung innerhalb der EU gibt es zwei Varianten. Variante A: automatische Rechtsübernahme – ausgeschlossen, kommt nicht in Frage. Wir wollen grösstmögliche Souveränität. Variante B: dynamische Übernahme – das ist der Weg, für den wir uns jetzt entschieden haben. Das heisst: Wird eine Richtlinie in der EU angepasst, kommt das Thema auch in den Bundesrat, der es auf Verordnungs- oder Gesetzesebene anpasst. Er muss nicht – er darf das tun. Wenn er nicht will, macht er es nicht. Danach entscheidet das Parlament, und dagegen kann das Referendum ergriffen werden. Am Schluss wird die Schweizer Bevölkerung Ja oder Nein sagen zu dieser Rechtsanpassung. Wenn sie Ja sagt, sind die Fussballspielregeln gleich. Wenn sie Nein sagt, darf die EU Ausgleichsmassnahmen fassen, die verhältnismässig sein müssen. Beispielsweise kann sie sagen: «Dieses Schweizer Produkt entspricht den neuen EU-Regeln nicht, es darf nicht mehr auf dem EU-Binnenmarkt verkauft werden.»

Bei der Streitbeilegung geht es darum, was passiert, wenn ein Schweizer Produzent das Gefühl hat, er könne sein Produkt zu Unrecht in Deutschland nicht verkaufen. Bei einer solchen Streitigkeit gibt es heute keinen aussichtsreichen Rechtsweg. Das institutionelle Abkommen kann das ändern. Die Frage ist dann, wer entscheidet wie und was? Und hier kommt die gan-

ze Diskussion der Streitschlichtung mit einem Schiedsgericht.

Warum ein Schiedsgericht?

Weil jede Seite ihr Landesrecht selber auslegen will: Niemand will fremde Richter haben! Aber in einem bilateralen Vertrag hat es auch gemischtes Recht, also Recht, das durch ein bilaterales Abkommen erst entsteht. Wer soll hier nun also zuständig sein? Die Schweiz? Nein, das will die EU nicht.

«Ein Binnenmarkt ist wie eine Fabrik: Jedes Land ist eine Abteilung. Jede Abteilung ist unterschiedlich, aber das Produzierte passt am Schluss zusammen.»

Die EU? Nein, das wollen wir nicht. Also brauchen wir ein Ad-hoc-Gericht, das die Zuständigkeit klärt: Ein Richter aus der Schweiz, ein Richter aus der EU und ein dritter, der weder aus der Schweiz noch aus der EU stammt.

Haben Sie schon eine Vorstellung davon, wie das funktionieren könnte?

Ja, wir haben gute Erfahrungen mit solchen Schiedsgerichten in den Handelsbeziehungen zwischen Staaten – das ist ein Standardinstrument bei den Freihandelsabkommen weltweit, beispielsweise im Rahmen der WTO.

Wie weit sind Sie in den Verhandlungen bereit zu gehen? Was kann die

Schweiz von der EU verlangen – und wann ist es Zeit zu sagen: «Nein danke, ohne uns?»

Nein sagen wir, wenn unsere roten Linien überschritten sind. Wenn Sie eine Verhandlung eingehen für den Kauf eines Autos, definieren Sie rote Linien: Die Farbe ist egal, doch maximal zahle ich 20 000 Franken. Wenn der Verkäufer dann 21 000 Franken will, lassen Sie es sein. Wir haben rote Linien bei der Personenfreizügigkeit. Ebenso

bei der Übernahme der Unionsbürgerrechtlinien – das wollen wir nicht. Harmonisierung der Sozialversicherungen – wollen wir nicht. Und schliesslich haben wir «Essentials» definiert: Wir sind bereit, darüber zu sprechen, haben aber klare Vorstellungen der Limiten, etwa bei den staatlichen Beihilfen.

Das Abkommen ist interessant, wenn es die roten Linien respektiert und beide Seiten profitieren. Wir suchen jetzt diesen Weg. Und gleichzeitig überlegen wir: Was ist der Plan B, falls es uns nicht gelingt? Ich glaube, es ist nicht obligatorisch, ein Abkommen zu haben. Es ist aber sehr wünschenswert. Irgendwann müssen wir zum Fazit kommen und sagen «take it or leave it»

– und es geht vor Bundesrat, Parlament, Volk. Was passiert, wenn wir Nein sagen? Welche Wirkung hätte das auf unseren Wohlstand? Alles hat seinen Preis – wie hoch der wäre, wissen wir heute noch nicht genau.

Die SVP hat vorgeschlagen, sich anstelle der Bilateralen auf ein Freihandelsabkommen mit der EU zu beschränken. Was halten Sie davon?

Das bilaterale Abkommen – eine partielle Binnenmarktteilnahme – bedeutet, wir haben einheitliche Regeln und Standards. Wenn ich also Toaster produziere, nehme ich Schrauben aus Deutschland, Plastik aus Frankreich, Stromkabel aus Italien. Das funktioniert heute, weil wir teilweise in den EU-Binnenmarkt integriert sind. Wenn wir nur einen Freihandel hätten, dann könnten wir unsere Produkte ohne Zollhürden in diesen Ländern verkaufen – aber wir wären nicht Teil des gleichen Marktes. Die Stromkabel aus Italien würden nicht zu den restlichen Bauteilen passen und für jedes Land würden zusätzliche Anpassungsprozesse und Kosten anfallen. Vereinfacht gesagt ist ein Binnenmarkt wie eine Fabrik: Jedes Land ist eine Abteilung. Jede Abteilung ist unterschiedlich, aber das Produzierte passt am Schluss zusammen. Ein Freihandelsabkommen nimmt die Zollhürden weg, aber nicht mehr als das. Es ist nicht vergleichbar mit einem bilateralen Abkommen für einen Binnenmarkt.

Welche Rolle der Schweizer Bevölkerung (oder der Wirtschaft) wünschen Sie sich für die weiteren Verhandlungen?

Die Wirtschaft habe ich mehrmals persönlich klar aufgefordert zu sagen, was sie will. Der Bundesrat hat seine Aufgabe erledigt: Beispielsweise will er kein Finanzdienstleistungsabkommen. Nun muss die Wirtschaft das Gleiche tun: Sie soll klipp und klar sagen, was sie will, wozu sie steht, welche roten Linien zu ziehen sind. Dann haben wir die beste Ausgangsposition gegenüber der EU.

Die EU hat es übrigens sehr geschätzt, dass die Regierung in der Schweiz jetzt für Klarheit sorgt. Das schafft klare Verhältnisse für die Verhandlungen.



Voller Einsatz für die Schweiz: Auf dem Hammer steht die Inschrift «Ich stelle mich als Schmied in Ihren Dienst».

Unsere Wirtschaft und die Bilateralen

EU-Marktzugang: matchentscheidend

Wie wichtig sind die bilateralen Verträge für die Schweiz? Philip Mosimann kennt die Schweizer Industrie aus langjähriger Erfahrung als CEO und Verwaltungsrat. Er weiss: Rechtssicherheit und ein verlässlicher Zugang zum EU-Binnenmarkt sind für Schweizer Firmen matchentscheidend.

Philip Mosimann, VR-Präsident Bucher Industries und Uster Technologies sowie VR-Mitglied Conzzeta, Bobst, Ammann Baumaschinen und Vanderlande/NL

Die Fakten sprechen für sich: Die Schweizer MEM-Industrie mit über 325 000 Beschäftigten produzierte 2017 Waren und Dienstleistungen im Wert von 84 Milliarden Franken mit einem Exportanteil von 80 Prozent oder 67 Milliarden. Davon gehen 40 Mia. oder 60 Prozent in die EU. Nach Baden-Württemberg exportieren wir mehr als in die USA. Zudem liegt für viele Firmen der EU-Anteil deutlich über diesem Durchschnittswert, bei Bucher Industries z. B. sind es über 80 Prozent. Damit ist die eingehende Frage eigentlich schon beantwortet.

Fundament des Exporterfolgs

Unser Heimmarkt ist für die meisten Firmen zu klein, um davon existieren zu können. Zudem ist die Schweiz ein teurer Standort – das wird sich nicht ändern. Diesen an sich ungünstigen Faktoren begegnet die Industrie seit Jahrzehnten sehr erfolgreich. Dies tut sie mit Zuverlässigkeit, Effizienz, Kreativität und Innovation sowie der Tüchtigkeit und Arbeitsmoral der Belegschaft. Hinzu kommen gute politische Rahmenbedingungen: ein hervorragendes duales Bildungssystem, ausgezeichnete Infrastruktur, von aussen bewunderte Lebensbedingungen, ein ermutigendes Investitionsklima auch dank tiefen Unternehmenssteuern und vieles mehr. Auf diesem Fundament baut der langjährige Erfolg im Export.

Ungehindertes Marktzugang – eine zwingende Notwendigkeit

Die Bilateralen sind für viele Leute ein abstrakter Begriff. Im Kern geht es um die einfache Abwicklung von grenzüberschreitenden Geschäften mit beid-

seits anerkannten, möglichst einfachen Spielregeln und gleich langen Spiesen im Konkurrenzkampf mit Firmen aus der EU. Diese Spielregeln sind für alle Firmen jeder Grösse wichtig, aber für KMUs sind sie sogar existentiell. Sie haben weder das Know-how noch die Mittel, um all die bürokratischen, teils protektionistischen Hindernisse – Zulassungen, Zertifikate, Normen etc. – mit vernünftigen Aufwand zu bewältigen. Auch kann nicht jedes KMU so einfach Zweigniederlassun-

gen in einem EU-Land aufbauen und dann erfolgreich führen. Die Schweiz hat in jahrelangen Verhandlungen sehr gute Spielregeln ausgehandelt, die angesichts des Brexit heute wohl nicht mehr in dieser Form zu haben wären. Diese realen Vorteile für unsere Firmen und Arbeitsplätze ohne Not aufzugeben, wäre ein fatales Eigengol.

Weiterentwicklung der bilateralen Verträge – Rechtssicherheit

Wer sich nicht weiterentwickelt, bleibt



Philip Mosimann

stehen und fällt später zurück. So funktioniert die Wirtschaft, das gilt aber auch für Verträge zwischen Staaten oder mit Staatengemeinschaften wie der EU. Wenn sich Firmen nun nicht mehr sicher sein können, ob die vereinbarten Spielregeln in Zukunft noch gelten werden, entsteht Rechtsunsicherheit, was die Unternehmen lähmt. So werden Investitionen hinausgeschoben, wichtige Projekte auf Eis gelegt, und eine abwartende Einstellung ersetzt die zukunftsorientierte Unternehmensführung. Das sind keine guten Aussichten.

Wie weiter?

Wir müssen wissen, welche Spielregeln in der Zukunft gelten. Heute haben es die Gegner der bilateralen Verträge einfach, indem sie mit unsinnigen Behauptungen die Zukunft schwarzmalen. Verhandlungen sind nicht das Diktat einer Partei, sondern ein ausbalanciertes Resultat von Geben und Nehmen. Lassen wir deshalb unseren Aussenminister die Verhandlungen zu Ende führen. Dann wissen wir, was wirklich «drin» steht und können das Resultat sachlich beurteilen. Wir wollen ungehinderten Marktzugang und gemeinsame Spielregeln; was wir nicht wollen, ist Rechtsunsicherheit. Deshalb brauchen wir ein Rahmenabkommen, das vor dem Volk eine Chance hat.

Unser Wirtschafts- und Innovationsraum

Das Handelsvolumen (Importe und Exporte) der Schweiz mit den angrenzenden Regionen (2016, in Mrd. CHF)



Zum Vergleich: Handelsvolumen mit Drittstaaten (in Mrd. CHF)

USA	60,5	Indien	15,8	Russland	3,7
China	39,1	Japan	3,1	Südafrika	1,8

Der Nutzen der Bilateralen veranschaulicht: Das Handelsvolumen Baden-Württembergs beträgt fast die Hälfte des Handels mit den USA, das mit der Lombardei entspricht etwa jenem mit Japan. Selbst der Handel mit Vorarlberg ist massiv grösser als jener mit dem grossen Südafrika.

QUELLE: SWISS-IMPEX

Page latine

Notre sécurité a un nom: Schengen/Dublin

Que ce soit en tant que conseiller d'État en charge de la sécurité à Genève, canton frontalier avec 100 kilomètres de frontière commune avec la France, mais aussi et surtout en tant que président de la conférence des Chefs des Départements de justice et police. Je constate au quotidien à quel point les accords de Schengen/Dublin sont d'une importance capitale pour la sécurité de notre pays.

Pierre Maudet,
Conseiller d'État GE

Alors que certains affirment que l'abandon de Schengen/Dublin est un préalable nécessaire au rétablissement de notre souveraineté et de notre sécurité passée, je prétends que rien n'est plus faux. Pour la simple et bonne raison que celle-ci ne serait que de façade. Par ailleurs, à moins de construire un mur tout le long de la frontière, une telle décision serait contre-productive et ferait de notre pays le ventre mou de l'Europe en matière de sécurité publique. Un comble.

«Quitter Schengen/
Dublin? Une décision
contre-productive,
à moins de construire
un mur tout le long
de la frontière.»

En effet, les avantages des accords de Schengen/Dublin sont de loin supérieurs aux inconvénients. Des exemples? En matière de sécurité, les banques de données SIS, VIS et Eurodac qui permettent une coopération policière au niveau européen et évitent à notre pays de devenir la base arrière de la criminalité. En matière d'asile, le fait qu'un requérant ne peut déposer qu'une seule et unique demande d'asile à l'intérieur de ce qui constitue l'Espace Dublin, empêche ainsi notre pays d'être un recours lorsqu'un de nos voisins refuse d'accorder l'asile à un requérant. Bref, ces accords nous évitent d'être sourds et aveugles sur la gestion des flux migratoires mais aus-



Pierre Maudet

si et surtout en matière de lutte contre le terrorisme.

Economiquement essentiels

La question du coût économique se pose également. Pour rappel, le Conseil Fédéral a récemment relevé que le retrait de la Suisse de ces accords engendrerait à l'horizon 2030 une perte de revenu annuelle située entre 4,7 et 10,7 milliards de francs pour l'économie suisse, ce qui correspond à une baisse de 1,6% à 3,7% du PIB. Ainsi que des coûts annuels supplémentaires estimés entre 400 et 500 millions de francs sans garantie d'un meilleur résultat.

De la même manière que la libre-circulation des biens et des personnes engendre accessoirement des impairs

négatifs, que nous devons corriger à travers les mesures d'accompagnements, les accords de Schengen/Dublin en amènent également. Ils sont cependant bien moindres que leurs aspects positifs qui font que notre pays est aujourd'hui un îlot de prospérité en Europe.

Pour un pays stable et prospère

La meilleure réponse que nous pouvons donner est le renforcement des effectifs et des moyens du corps des gardes-frontières, ainsi qu'améliorer la coopération entre les différentes forces de sécurité de notre pays. Ce n'est qu'à ce prix que nous parviendrons à conserver à notre pays la stabilité, la tranquillité et la qualité de vie que le monde entier nous envie.

Schengen/Dublin kurz erklärt

Schengen

■ Gut für Wirtschaft und Tourismus:

Das Schengen-Abkommen erleichtert die Mobilität von Personen und Waren zwischen der Schweiz und der (EU) durch die Aufhebung von Personenkontrollen an den Binnengrenzen.

- Täglich queren 1,3 Millionen Personen und 700 000 Fahrzeuge die Schweizer Grenzen – ohne Zeitverlust.
- Der Wegfall des Abkommens hätte rigide Grenzkontrollen zur Folge, was jährlich bis zu 3,2 Mrd. Franken kosten, aber nicht wesentlich mehr Sicherheit bringen würde.

■ **Kontrolle ist gegeben:** Bei konkretem Verdacht wird trotzdem kontrolliert – hier ist v. a. das europaweite Fahndungssystem SIS sehr

hilfreich. Personen können frei reisen; Kriminelle werden dank Datenbank und Informationsaustausch aus dem Verkehr gezogen. Das Fahndungssystem verbucht pro Jahr rund 15 000 Fahndungstreffer (41 pro Tag).

Dublin

■ **Asylchaos wird verhindert:** Das Dubliner Abkommen stellt sicher, dass ein Asylgesuch nur von einem Staat im Dublin-Raum geprüft wird. So wird verhindert, dass Asylsuchende von Staat zu Staat reisen und nach Ablehnung ihres Gesuchs in anderen Staaten ein Neues einreichen.

Eine Flut an Zweitgesuchen würde jährlich bis zu 1,1 Mrd. Franken kosten.

■ **Schweiz profitiert:** Dank Dublin kann die Schweiz viel mehr Asylmigranten in einen anderen Dublin-Staat zurückschaffen, als sie aufnehmen muss (Verhältnis 5:1).

Mitspracherecht

Die Schweiz hat ein umfassendes Mitspracherecht bei Schengen/Dublin und kann auf allen Ebenen den Gesetzgebungsprozess beeinflussen.

Einsparungen

Durch Schengen/Dublin hat die Schweiz zwischen 2012 und 2016 bis zu 270 Mio. Franken eingespart – pro Jahr. Durch eine Kündigung würde die Schweizer Volkswirtschaft jährlich zwischen 4,7 bis 10,7 Mia. Franken verlieren.

Personenfreizügigkeit

Die Kündigungsinitiative und ihre Folgen

Die Kündigungsinitiative zielt direkt darauf ab, die Personenfreizügigkeit und die Bilateralen I aufzukündigen. Damit soll die Zuwanderung besser gesteuert werden können. Das Problem: Die Initiative präsentiert Scheinlösungen, ohne aber die eigentlichen Probleme im Migrationsbereich anzugehen.

Hansjörg Brunner,
Nationalrat TG

Petra Gössi hat im Editorial davon gesprochen: Die Schweiz und die angrenzenden Regionen, das ist ein grosser und grenzüberschreitend vernetzter Innovationsraum, in welchem ein enger Austausch von Menschen, Dienstleistungen und Gütern stattfindet. In einer immer mobileren Gesellschaft ist es für viele Menschen normal geworden, für eine begrenzte Zeit im Ausland zu arbeiten oder zu studieren. Fast eine halbe Million Schweizerinnen und Schweizer lebte, arbeitete, studierte Anfang 2018 im EU/Efta-Raum. Sie können dank dem Abkommen über die Personenfreizügigkeit (PFZ) unkompliziert in einem EU-Land eine Arbeit aufnehmen oder sich an einer Universität anmelden. Umgekehrt sind es über 1,3 Millionen EU-Bürger, die heute in der Schweiz leben, hier arbeiten und zu unserem Wohlstand direkt beitragen. Wir wollen die freie Mobili-



Hansjörg Brunner

tät im Interesse der Schweizerinnen und Schweizer erhalten.

Initiative will Personenfreizügigkeit künden

Eine Kündigung der Personenfreizügigkeit, von der alle Menschen in der Schweiz profitieren, hätte einen hohen Preis, da wir entlang unserer Landesgrenzen eine künstliche Mauer hochziehen würden. Die Folgen wären nicht nur für die einzelnen Bürgerinnen und Bürger spürbar, sondern auch

für die Wirtschaft, die dank dem PFZ vereinfacht Dienstleistungen im Ausland erbringen kann. Noch deutlich dramatischere Auswirkungen hätte der Wegfall der restlichen sechs Abkommen aus dem ersten bilateralen Paket, die alle miteinander verknüpft sind. Es ist schlicht verantwortungslos, die für die Schweiz enorm wichtigen Bilateralen I leichtfertig aufs Spiel zu setzen.

PFZ hat keine negativen Auswirkungen

Die Initianten begründen ihr Begehren mit dem Argument, die Zuwanderung besser kontrollieren zu wollen. Das ist fadenscheinig, ist doch die Zuwanderung aus der EU so tief wie seit 2007 nicht mehr. Der Aufenthalt ist in der Schweiz dank der Personenfreizügigkeit (PFZ) an strenge Bedingungen geknüpft: In der Schweiz aufhalten darf sich nur, wer über einen gültigen Arbeitsvertrag verfügt. Studien bestätigen, dass die PFZ heute weder einen Verdrängungseffekt im heimischen

Arbeitsmarkt hat, noch Druck auf die Löhne ausübt. Zudem bekennen wir uns zu den flankierenden Massnahmen, die allfällige negative Auswirkungen der PFZ bekämpfen.

Das Problem liegt woanders

Tatsächlich liegt das eigentliche Problem ganz woanders: Trotz strengen jährlichen Erwerbskontingenten (2018: 8000) immigrieren jedes Jahr über 40 000 Personen aus Drittstaaten (also Nicht EU/Efta-Staaten) in die Schweiz. Ein wesentlicher Teil wandert über den Familiennachzug ein

und landet direkt in den Sozialwerken. Die FDP setzt sich entschieden gegen die Einwanderung in unsere Sozialwerke und für die Reduktion der Zuwanderung aus Drittstaaten ein. Die Kontingente dürfen davon aber nicht betroffen sein. Im Parlament haben wir erfolgreich strengere Zulassungsvoraussetzungen beim Familiennachzug und klare Kriterien für den Aufenthalt durchgesetzt. Damit wird die Einwanderung in die Sozialwerke erheblich erschwert.

Klarheit statt Scheinlösungen

Stattdessen zielt die Kündigungsinitiative ausgerechnet auf jenen Teil, der für die Schweiz wirtschaftlich den grössten Nutzen bringt, aber in den letzten Jahren stark zurückgegangen ist: die Zuwanderung von gut ausgebildeten EU-Bürgern, auf die unser

«Die Kündigung der Personenfreizügigkeit wäre ein Schuss ins eigene Bein.»

Arbeitsmarkt so dringend angewiesen ist. Vergessen wir nicht: In Europa entsteht zunehmend ein Kampf um Fachkräfte. Die Kündigung der PFZ wäre daher ein Schuss ins eigene Bein. Die Kündigungsinitiative setzt die Bilateralen I fahrlässig aufs Spiel, ohne die tatsächlichen Probleme im Migrationsbereich zu lösen. Eine Annahme würde unserer gesamten Wirtschaft schweren Schaden zufügen. Wir wollen weiterhin Wohlstand und tiefe Arbeitslosigkeit. Wir wollen unsere Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit sichern. Die Kündigungsinitiative wird uns Gelegenheit geben, uns konsequent für die Bilateralen und gegen billigen Populismus aufzustellen.



Die Personenfreizügigkeit ist ein Schlüsselement der Bilateralen. Mit der Kündigungsinitiative würden aber auch die anderen sechs Steine fallen, die für die Schweiz ebenfalls sehr wichtig sind.

Kantonale Abstimmung vom 10. Juni 2018

Nein zum unliberalen Energiegesetz

Die Teilrevision des Solothurner Energiegesetzes, über die wir am 10. Juni abstimmen, ist ein bürokratischer und kostspieliger Irrlauf. Klimaschutz und eine umweltschonende Energienutzung liegen uns allen am Herzen. Was wir aber brauchen, ist eine Energiepolitik mit Augenmass – und keine extremen staatlichen Zwangseingriffe.

Markus Spielmann,
Kantonsrat, Starrkirch-Wil

Nachdem die freisinnige Fraktion die Teilrevision des Energiegesetzes im Kantonsrat bereits einstimmig abgelehnt hatte, folgte auch die Basis: Mit 114 zu 6 empfehlen die Delegierten die Nein-Parole. Aus liberaler Sicht gilt es, sich mit aller Kraft gegen diese missratene Gesetzesrevision einzusetzen, ansonsten droht uns eine massive staatliche Bevormundung im Gebäudebereich, die zudem in keinem Verhältnis zu ihrem Nutzen steht. Der Ersatz von Öl- und Gasheizungen wird zum baubewilligungspflichtigen und teuren Mammutprojekt. 10 Prozent der Wärmeleistung müssen neu durch erneuerbare Energie abgedeckt werden oder die Gebäudehülle ist zu sanieren. Das bedeutet, dass die alten Öl- und Gasheizungen so lange wie möglich lauffengelassen statt durch neue, saubere Kessel ersetzt werden. Es droht ein Sanierungsstau. Elektroboiler werden zudem verboten und müssen bis in 12 Jahren ersetzt werden.

Bestellen Sie Kampagnenmaterial

Helfen Sie mit, das Energiegesetz zu bekämpfen. Sie können folgendes Material beim FDP-Sekretariat beziehen:

- Infolyer A5
- Schöggeli (30 Gramm)
- Wildplakate (Format 70x100 cm)

FDP.Die Liberalen Kanton Solothurn, Schöngrünstrasse 35, 4500 Solothurn, Tel. 032 622 31 66 (Bürozeiten), info@fdp-so.ch, Spende an: CH24 0900 0000 4500 0444 2, Vermerk «Energiegesetz».



Der Kanton Solothurn ist im Gebäudebereich auf Kurs. Trotzdem soll der Ersatz von Öl- und Gasheizungen massiv verteuert und erschwert werden.

Für Mieter und Rentner wird es teuer

Auch wenn es die Befürworter nicht gerne hören: Werden Liegenschaftsbesitzer vom Staat gezwungen, ihre Immobilien teuer zu sanieren, können sie die horrenden Kosten auf die Mieterinnen und Mieter überwälzen. Die langfristigen Einsparungen bei den Nebenkosten stehen in keinem Verhältnis zu den gestiegenen Mietzinsen. Und auch für die Rentner ist die Vorlage unsozial. Wenn die alte Öl- oder Gasheizung im Winter aussteigt, darf sie nämlich nicht mehr 1 zu 1 ersetzt werden. Dann werden gerade Seniorinnen und Senioren vor grosse finanzielle Probleme gestellt. Sie können zur Finanzierung der Ersatzmassnahmen aus Altersgründen keine neue Hypothek mehr aufnehmen. Nicht nur wenn der Denkmalschutz zusätzliche Auflagen macht, droht der Heizungsersatz zum ruinösen Unterfangen zu werden.

Ein Albtraum für Familien

Die Bauvorschriften bei Neubauten werden derart verschärft, dass die Wärmedämmung zukünftig in etwa den Anforderungen an ein Minergie-Haus

entsprechen müssen. Zusätzlich wird für Neubauten gelten, dass Wärmeenergie möglichst selbst und elektrische Energie mindestens zu 20 Prozent selbst zu erzeugen ist. Für Neubauten braucht es aber keine starren Umsetzungsvorschriften, sondern Zielvorgaben. Energie ist dort zu produzieren, wo es ökologisch und ökonomisch sinnvoll ist und nicht einfach überall. Die Auflagen der Behörden führen zu enormer Bürokratie und einer extremen Verteuerung der Baukosten. Für junge Familien wird der Traum vom Eigenheim zum kostspieligen bürokratischen Albtraum.

Regierungsrat: «Der Kanton ist auf Kurs»

Wir alle wollen einheimische, erneuerbare Energien fördern und effizient mit den Ressourcen umgehen. Die Bevölkerung des Kantons Solothurn unternimmt bereits sehr viel, um Energie zu sparen und die Umwelt zu schonen. Der Regierungsrat schreibt in seinem Energiebericht 2017, dass der Energieverbrauch abnimmt und die bisher getroffenen Massnahmen den gewünschten Effekt erzielen. Trotz-

dem legt er ein Gesetz vor, welches massive Verschärfungen im Gebäudebereich beinhaltet.

Gesetzgeberischer Murks

Damit nicht genug: Die CVP hat im Kantonsrat selber festgestellt, dass die Vorlage ein gesetzgeberischer Murks ist. Um den Ersatz einer alten Heizung zu «vereinfachen», wurde die Möglichkeit einer nachträglichen Baubewilligung ins Gesetz geschrieben. Damit werden die kommunalen ehrenamtlich tätigen Baukommissionen zu Energiepolizisten gemacht. Weiteres Beispiel: Während Jahren wurde Heizen mit Gas als umweltfreundliche Lösung propagiert und gefördert. Auch das gilt nicht mehr: Selbst der Biogasanteil im Gas gilt nicht als anrechenbarer Anteil erneuerbarer Energie. Aber genaue Informationen gibt es nicht. Die konkrete Umsetzung ist nicht bekannt und liegt bei Annahme des Gesetzes einzig in den Händen von Regierung und Verwaltung. Parlament und Volk haben nichts mehr zu sagen. Aus all diesen Gründen empfiehlt Ihnen die FDP am 10. Juni ein NEIN zum Energiegesetz.

Gedanken des Präsidenten

Ein Plädoyer für die Zukunft: Gemeinsam weiterkommen

Stefan Nünlist,
Parteipräsident, Olten

Als Präsident der Solothurner FDP gibt's keinen besseren Tag, um eine Kolumne zu schreiben, als den 1. Mai. Obwohl wir Freisinnigen zu Arbeit und Wirtschaft viel zu sagen hätten, werden wir zu keiner 1.-Mai-Feier eingeladen. So kann ich am 1. Mai gut arbeiten, aber es entgehen mir all die glühenden Reden, in welchen die Ungerechtigkeiten unserer Gesellschaft beklagt und Fortschritt, Marktwirtschaft, Eigentum und Gewinnstreben gegeisselt werden. Ich gebe es ja zu: In der Schweiz gibt es viel und in der Welt noch sehr viel mehr zu tun. Und es stimmt auch, dass die Wirtschaft nicht perfekt ist, die Schweiz auch nicht und auch die Demokratie nicht. Aber, um es mit Winston Churchill zu sagen, es fehlen die Alternativen: «Die Demokratie ist die schlechteste Staatsform, ausgenommen aller anderen, die ausprobiert wurden.» So gut auch auf Religionen oder Gerechtigkeitsidealen bauende Gesellschaften gemeint sein mögen. Von A wie Afghanistan über I wie Iran oder IS, N wie Nordkorea, V wie Venezuela oder Z wie Zimbabwe zieht sich eine Spur des Elendes durch all die Experimente im Namen von Religion und Sozialismus.

In den letzten 200 Jahren hat sich die Lebenserwartung der Menschen auf der Welt mehr als verdoppelt, die Kindersterblichkeit von 44 Prozent auf 4 Prozent reduziert, die extreme Armut von 88 Prozent auf 9 Prozent verringert. Konnten im Jahr 1800 10 Prozent der Menschen weltweit lesen, so sind es heute über 85 Prozent. Und 85 Prozent der Menschheit hat Zugang zu Strom, und 65 Prozent besitzen ein Mobiltelefon. Die Industrialisierung und der technologische Fortschritt sind, zumindest aus menschlicher Perspektive, eine Erfolgsgeschichte.

Woher rührt denn die Kritik an Technologie, Marktwirtschaft und



westlichem Lebensstil? Warum fällt die Bewirtschaftung von Ängsten durch reaktionäre, revolutionäre und religiöse Kräfte immer wieder auf fruchtbaren Boden? In was gründen Gefühle der Ungerechtigkeit und unsere verzerrte Wahrnehmung über den Zustand einer Welt, in der die Zukunft schlechter sei als die Vergangenheit?

Viele unserer Glaubenssätze und ein Grossteil unserer Weltanschauung sind religiös geprägt oder stammen aus längst vergangenen Zeiten. Sie werden durch Ideologen mit Sorgfalt gepflegt, aber leider viel zu wenig auf ihre Aktualität hin überprüft. So sind die Medien etwa zurzeit gefüllt mit Beiträgen über die glorreichen 68er und ihre Exponenten. Die 68er-Revolution hat Aufbruch eingeläutet und die persönliche Freiheit von uns allen erweitert. Das war gut. Aber die Gedanken und Ideen der 68er beinhalten auch Technologieskepsis und marxistisch geprägtes Gedankengut. Dies beeinflusst unser Denken und unsere Sicht auf die Welt. Die 68er sind längst in den Zentren der Macht angelangt,

ihre Skepsis gegenüber technologischem Fortschritt, Erfolg und das schlechte Gewissen sind geblieben. Via Medien, Schulen und Unis werden diese Denkansätze weiterverbreitet und auf nachfolgende Generationen übertragen. Ganze Historikergenerationen interpretieren in der Schweiz in einer voreingenommenen Weise Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.

Dabei hat sich gerade die Schweiz im Zuge der Industrialisierung unglaublich entwickelt. Dank gelebtem Unternehmergeist, liberaler Politik und immer wieder gefundenen Kompromissen zwischen unterschiedlichen politischen und religiösen Gruppierungen kamen Schweizerinnen und Schweizer zu enormem Lebensstandard. Sowohl punkto Lebenserwartung, Lebensqualität und dem subjektiv empfundenen Glücksgefühl gehört unser Land zur Weltspitze.

Gewiss stehen auch wir vor Herausforderungen. Das Verhältnis zu Europa, Migrationsströme, technologische, soziale und demografische Veränderungen fordern uns ebenso wie Umweltprobleme oder humanitäre Kata-

strophen. Aber Fortschrittsskepsis, eingeredete Schuldgefühle oder fundamentale Systemkritik sind fehl am Platz. Mit Abschotten, Verhindern und Umverteilen gewinnen wir die Zukunft nicht. Wir dürfen die anstehenden Herausforderungen selbstbewusst und aus einer Position der Stärke angehen. Dies in der Gewissheit, dass die Schweiz und auch der Kanton Solothurn über leistungsfähigste Infrastrukturen, eine verkehrsgünstige Lage, eine intakte Natur und gut ausgebildete, kreative Menschen verfügen. Unsere Unternehmer sind innovativ und erfolgreich, unsere Schulen hervorragend. Wir haben immer wieder bewiesen, dass wir Konflikte im Dialog lösen und uns als Gesellschaft entwickeln können. Wie wär's, wenn wir uns von gewissen Glaubenssätzen, Ängsten und Ideologien befreien? Dass nationalkonservative und religiöse Ideologien Gesellschaften spalten und nicht weiterbringen, wissen wir eigentlich schon lang. Was würde aber geschehen, wenn zum Beispiel in der Frage rund um die Unternehmenssteuern die Sozialdemokraten des Kantons Solothurn sich einfach mal mit den anderen Parteien, der Wirtschaft und den Sozialpartnern an einen Tisch setzen und verhandeln, anstatt einfach «Njet» zu sagen? Oder wenn wir den 200-jährigen Karl Marx zusammen mit den 68ern und einem Grossteil ihrer Ideen in die wohlverdiente Pension schicken? Und wir uns mal mit viel Lust und Freude unvoreingenommen auf das Abenteuer Zukunft einlassen? Neue Ansätze und Technologien ausprobieren? Uns mit kluger Sachpolitik im Wettbewerb der Ideen mit den Besten messen und bereit sind, Fehler zu begehen, um daraus zu lernen? Ich bin überzeugt: Nur so lässt sich Zukunft in der heutigen Zeit gestalten. Wir wollen gemeinsam weiterkommen. Daran arbeiten, dass das Morgen noch besser wird als das Heute. Ich freue mich auf die Zukunft.

Kolumne

Mit der Wende in die Sackgasse

Urs Marti, Langendorf

Bundesrat Willi Ritschard war auch ein Wegbereiter der Atomenergie. Das hört man heute bei der SP nicht gern. Aber es war so. Noch als solothurnischer Finanzdirektor setzte er viel Energie dafür ein, damit der Kanton auch Standort eines Atomkraftwerks wurde. Er erhoffte sich davon beträchtliche Steuereinnahmen. Und die Rechnung ging auf. Die Aare Tessin AG (Atel), welche das Grundstück für den Bau des Kernkraftwerks Gösgen kaufte, war lange Zeit nicht nur ein Vorzeigeschild solothurnischer Privatwirtschaft, sondern auch ein guter Steuerzahler und ein sicherer Wert für die staatliche Vermögensbilanz.

Ritschard war als Bundesrat auch für den Bau eines Kühlturms, obwohl Gösgen noch durchaus mit Aarewasser hätte gekühlt werden können. An aussichtsreicher Lage entstand damit im Niederamt ein Monster, täglich auf der Jurasüdfusslinie den Blicken der unzähligen Pendler und anderer Reisenden ausgesetzt. Hat das nicht auch die Ängste vieler von den weiterhin ungelösten Problemen der Kernenergie zusätzlich gefördert und den kompromisslosen Gegnern zusätzlich Munition geliefert?

Die Kernkraftwerke erzeugen 40 Prozent der schweizerischen Stromversorgung und von diesen 40 Prozent Gösgen allein 15 Prozent. Doch damit soll jetzt Schluss sein. Nach dem Reaktorunglück in Fukushima im fernen Japan sagte Angela Merkel spontan: Jetzt wird der Kernenergie der Stecker gezogen. Und Doris Leuthard sagte es ihr nach. Linke, Grüne und nicht zu vergessen die CVP folgten ihr bereitwillig und schliesslich auch das Volk mit der Annahme der Energiestrategie 2050. Der Energieverbrauch ist zu senken, die Energieeffizienz zu erhöhen, und erneuerbare Energien wie Wasser, Sonne, Wind, Geothermie und Biomasse sind zu fördern. Hehre Ziele! Und wer könnte ihnen nicht beipflichten?

Doch nun wird es konkret. Wem inskünftig die Heizung aussteigt, braucht für den Ersatz zunächst eine Baubewil-



ligung und darf dann die Heizung nicht einfach durch das neueste Modell dieses Typus ersetzen, selbst wenn dies ökologisch besser und effizienter wäre. Denn 10 Prozent des Energiebedarfs müssen jetzt aus erneuerbaren Quellen kommen. Also Solaranlage aufs Dach, Massnahmen zur Wärmerückgewinnung, Isolation von Fenstern. Das alles kostet Geld. Wer es nicht hat, läuft Gefahr, sein Eigenheim zu verlieren, denn die Banken sind bekanntlich bei der Gewährung von Hypotheken, geschweige denn bei deren Aufstockung äusserst zurückhaltend geworden. Der clevere Hausbesitzer kann dagegen die Kosten für energetische Sanierungen problemlos auf den Mieter abwälzen.

Und wer hat uns das alles eingebrockt? Die Mehrheit des Kantonsrates mit der Teilrevision des Energiegesetzes, über die am 10. Juni abgestimmt wird. Vorschläge vor allem von der FDP, das Ganze nochmals zu überdenken, zu überprüfen oder zu verbessern, wurden samt und sonders abgelehnt. Es geht auch in dieser Frage nur noch um Ideologie, und das führt die Wende unweigerlich in die Sackgasse. Auch im Energiesektor hat der Staat Dienstleistungen zu erbringen, die der Einzelne selber nicht erbringen kann. Aber wenn der Staat anfängt, Megawatt zu zählen, führt das in eine staatlich gelenkte Planwirtschaft, die mit sinnvoller Umweltpolitik wenig, aber mit einer weiteren massiven Einschränkung der persönlichen Freiheit sehr viel zu tun hat. Für die Teilrevision des Energiegesetzes kann es deshalb nur heissen Nein und für die umtriebigen und regulierfreudigen Energiepolitikerinnen und Energiepolitiker: zurück auf Feld eins.

Wechsel in den Ortsparteien

Hofstetten-Flüh:	Evelyne Schwyzer (neu) für Peter Gubser
Oensingen:	Theodor Hafner (neu) für Kurt Zimmerli
Rickenbach:	Jörg Aebi (neu) für Pius Müller
Schönenwerd:	Markus Reisenbauer (neu) für Charlotte Shah-Wuillemin
Trimbach:	Hans Marti (neu) für Robert Hess

Wir danken den zurückgetretenen Präsidenten herzlich für ihren Einsatz und wünschen den neuen viel Erfolg in ihrem Amt.

Veranstaltungen

Mai 2018

Di	8.	19.30 Uhr	Partei Vorstand (Von Arx, Egerkingen)
Mi	9.	12.30 Uhr	Fraktionsausflug (Bezirk Bucheggberg)
Mi	30.	17.00 Uhr	Club FDP 2000: Besuch im Bundeshaus

Juni 2018

So	10.		Eidg. und kantonaler Abstimmungssonntag
Mi	27.	19.30 Uhr	Club FDP 2000: Parlamentariergespräch (Eintracht, Kestenholz)

August 2018

Mi	22.	19.30 Uhr	Kant. Delegiertenversammlung (Selzach)
Do	23.	15.00 Uhr	Jahreszusammenkunft Vereinigung freisinnig-jungliberaler alt Kantonsrätinnen und alt Kantonsräte (Bezirk Dorneck)

Den Jahresterminkalender und Infos zu weiteren Anlässen finden Sie unter: www.fdp-so.ch/events

Amtsrichterwahlen

In der Amtei Solothurn-Lebern wird eine Nachwahl eines Amtsrichters nötig. Für die FDP kandidiert der bisherige Amtsinhaber Markus Zubler aus Flumenthal. Zubler ist Unternehmer und langjähriger Friedensrichter des Unterleberberger Friedensrichterkreises. Er ist zudem Präsident der FDP-Ortspartei Flumenthal. Da er sich zwei Gegenkandidaten zu stellen hat, rufen die Freisinnigen dazu auf, den offiziell von der FDP Solothurn-Lebern nominierten Kandidaten, Markus Zubler, zu wählen.



Markus Zubler

Abstimmungsparolen vom 10. Juni 2018

NEIN zur Teilrevision des kantonalen Energiegesetzes
NEIN zum Geldspielgesetz
Parole Vollgeld-Initiative siehe www.fdp-so.ch

Nein zum protektionistischen Geldspielgesetz

Geldspielgesetz: Branchenschutz statt Wirtschaftsfreiheit?

Beim Geldspielgesetz geht es um weitaus mehr als nur die Sperre von Online-Casinoanbietern. Als langjähriger IT-Unternehmer und Präsident von ICT Switzerland bin ich in grosser Sorge, wie unser Parlament derzeit im Onlinebereich reguliert. Das Geldspielgesetz führt zu digitaler Abschottung. Damit wird endgültig die rote Linie überschritten. Weil kein Zeitdruck besteht und auch bessere Alternativen vorhanden sind, muss das Geldspielgesetz zwingend zurück an den Absender.

Marcel Dobler, Nationalrat SG

Nur physischen Schweizer Casinos, denen es an jeglicher Onlinekompetenz fehlt, soll es erlaubt sein, Online-Glücksspiele anzubieten. Umgekehrt sollen Schweizer Anbieter, die ausschliesslich Online-Glücksspiele betreiben und über Onlinekompetenz verfügen, verboten sein. Die Webseiten von Glücksspielanbietern aus dem Ausland sollen mit wirkungsarmen Netzsperrern blockiert werden. So will es das neue Geldspielgesetz.

Abschottung statt innovativer Wettbewerb

Solche digitale Abschottung schadet dem auf wirtschaftliche Offenheit angewiesenen Standort Schweiz. Zudem



Marcel Dobler

zeichnet sich in Bern ein neues und schädliches Businessmodell ab: Anstatt in Forschung, Entwicklung und eine liberale Konzessionierung wird in Marktabschottung investiert. Damit

werden innovationsfeindliche Signale an Start-ups und KMU im Digitalbereich gesendet. Andere Branchen werden diesem Beispiel folgen. Dadurch wird die digitale Abschottung salonfähig gemacht.

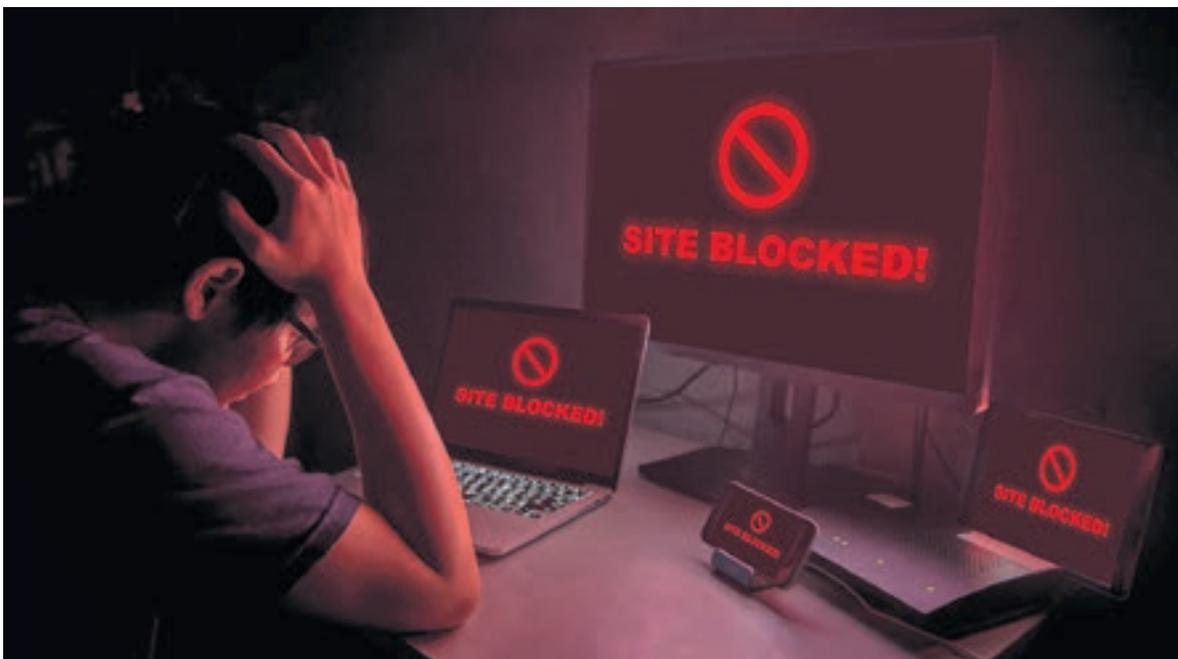
Risiken und Wirksamkeit der Netzsperrern

Den freien und sicheren Internetzugang aufzugeben, wäre fatal und könnte zu einem Dammbuch im Bereich Internetzensur führen. Netzsperrern sind Manipulationen an Datenpaketen und lassen keine Unterscheidung zu Cyberkriminellen mehr zu. Auch sind Netzsperrern ungenau und führen fast zwangsläufig zu einem sogenannten «Overblocking», zur Sperrung von unbeteiligten Webseiten. Die aufwendi-

gen und kostenintensiven Auflagen für Telekommunikationsanbieter bedeuten ein Wettbewerbsnachteil für kleinere Anbieter – was bleibt, sind grosse Staatsprovider. Weiter kommt dazu, dass Netzsperrern gar nicht wirksam sind: Wie die Webseite netzsperrern.digital-liberal.ch zeigt, können Netzsperrern ohne IT-Know-how innerhalb von 30 Sekunden umgangen werden. In der Konsequenz werden ausländische Glücksspielangebote illegalisiert, ihre Webseite bleibt aber weiterhin einfach erreichbar. Damit wird ein gigantischer Schwarzmarkt geschaffen, der nicht besteuert und reguliert werden kann und entsprechend auch keine Schutzmechanismen für Spielsüchtige beinhaltet.

Nein zum Geldspielgesetz

Die Unzulänglichkeiten der Gesetzesvorlage liegen auf der Hand. Wieso wurden bessere Alternativen nicht berücksichtigt? Vielsagend ist Bundesrätin Sommarugas Antwort auf ebendiese Frage: «Ich sage es ganz direkt: Die Casinos haben sich hier durchgesetzt.» Eine gute Alternative wäre das Modell Dänemark: Dort können sich alle Glücksspielanbieter, ob Schweizer Casinobetreiber oder ausländische Anbieter, um Konzessionen für Online-Glücksspiele bewerben. Durch den grösseren und besseren Markt sind steuerliche Mehreinnahmen für die Schweiz zu erwarten. Das im Moment vorliegende Produkt der Casino-Lobby schadet der Schweiz und muss zurück an den Absender. Wir brauchen ein faires Konzessionierungsmodell und keine digitale Abschottung mit Netzsperrern!



Eine Netzsperrern zieht die nächste nach sich. Das schränkt die Freiheit zunehmend ein. Es droht ein Dammbuch.

Vollgeld-Initiative

Nein zur Vollgeld-Initiative

Am 10. Juni stimmt das Schweizer Stimmvolk über die Vollgeld-Initiative ab. Die Initiative will den gesamten Finanzsektor mit weitgehenden Massnahmen umbauen und würde faktisch die ganze Kreditvergabe verstaatlichen.

Daniela Schneeberger,
Nationalrätin BL

Im heutigen System mit Geschäftsbanken gibt es zwei Arten von Geldschöpfung. Auf der einen Seite das Notengeld der Nationalbank und auf der anderen Seite das sogenannte Buchgeld der Banken. Der Unterschied besteht darin, dass das Buchgeld im Gegensatz zum Notengeld nicht vollumfänglich als Bargeld vorhanden ist. Wenn eine Bank einen Kredit oder eine Hypothek gewährt, muss sie bei der Nationalbank nur einen gewissen Teil davon hinterlegen. Der Kreditbetrag wird dem Kunden dann in Form einer Sichteinlage auf das Konto überwiesen und ist physisch nicht vorhanden. Wenn ein Kunde mit dem Geld nun Rechnungen bezahlt, wird der Betrag elektronisch auf dem Konto des Empfängers gutgeschrieben.

Nein zum Vollgeld-Experiment

Das neue System wirft die heute funktionierende Praxis über Bord. Fortan soll es nur noch der Nationalbank erlaubt sein, Buchgeld zu schaffen. Die Zahlungsverkehrskonten müssten des-



Daniela Schneeberger

halb ausserhalb der Bilanzen geführt werden und dürften von der Bank nicht mehr angerührt werden. Zinsen für Sparer gäbe es aufgrund der nicht vorhandenen Rendite keine mehr.

Die Initiative fordert, dass die SNB dem Bund und der Bevölkerung jährlich fixiert Kredite in zweistelliger Milliardenhöhe gewährt. Dies hat eine katastrophale Folge: Die Nationalbank ist damit nicht mehr fähig, auf Inflation oder Wechselkursprobleme zu reagieren, da sie die Geldmenge nicht mehr richtig kontrollieren kann. Die herausgegebenen Kredite können

auch nicht ohne weiteres zurückgefordert werden.

Zusätzlich wird die Unabhängigkeit der SNB so indirekt durch den steigenden politischen Druck bedroht.

Für die Geschäftsbanken wird die Kreditvergabe mit diesem Schritt extrem erschwert. Sie müssten für jeden Kredit Sparer finden, der Geld zur Verfügung stellt. Die Folgen sind steigende Kosten für alle, die einen Kredit, z. B. eine Hypothek haben wollen.

Wenn man sich zudem vor Augen hält, dass 89 Prozent der Geschäftskredite an mittelständische Unternehmen vergeben werden, wird schnell klar, dass dies schlecht für die Arbeitsplätze ist. Investitionen werden ausgebremst oder sogar verunmöglicht.

Am Ziel vorbeigeschossen

Die Vollgeld-Initiative will Finanzkrisen verhindern. Sie schießt am Ziel vorbei. Erfolgreiche Mittel hingegen sind die Stärkung der Eigenmittelbasis oder strengere Liquiditätsanforderungen. Solche Massnahmen wurden bereits 2011 im Zuge der «Too big to fail»-Vorlage umgesetzt. Im Parlament wurde die Vollgeld-Initiative deshalb

- Die Vollgeld-Initiative will das Finanzsystem radikal verändern.
- Weltweit besitzt kein einziges Land ein vergleichbares System.
- Die Vollgeld-Initianten wollen die Schweiz als Versuchslabor für ihr wissenschaftliches Projekt benutzen.
- Neu soll nur noch die SNB Buchgeld schaffen dürfen, die Kreditvergabe wird verkompliziert.
- Der Bund und die Kantone sollen Kredite von der Nationalbank bekommen, deshalb könnte sie unter politischen Druck geraten.
- Das Risiko von Preisblasen «Bubbles» in Sachanlagen steigt.

von links bis rechts zur Ablehnung empfohlen. Auch die DV der FDP. Die Liberalen Schweiz sprach sich mit einer überragenden Mehrheit dagegen aus. Helfen Sie mit, die Schweiz an der Weltspitze zu halten, und sagen auch Sie am 10. Juni Nein zum Vollgeld-Experiment.



riskant, teuer, schädlich

Vollgeld-Initiative

NEIN

www.fdp.ch/vollgeldinitiativenein

Arbeitsbesuch Efta-Parlamentarierkomitee

Mercosur: Das Fenster steht weit offen

Karin Keller-Sutter präsidiert in diesem Jahr nicht nur den Ständerat, sondern auf multilateraler Ebene auch die Efta. Unter ihrer Leitung besuchte eine Delegation der Efta im April die Mercosur-Staaten Argentinien und Uruguay. Nachfolgend schildert sie die Erkenntnisse ihres Arbeitsbesuchs in Südamerika.

Karin Keller-Sutter,
Ständeratspräsidentin

Zwischen dem 14. und 21. April 2018 weilte eine Delegation der Efta zu einem Arbeitsbesuch in Argentinien und Uruguay und führte dabei Gespräche mit Regierungs- und Parlamentsmitgliedern, Wirtschafts- und Landwirtschaftsvertretern sowie Mitgliedern der Zivilgesellschaft. Ziel der Gespräche war es, den Stand und die Entwicklung der Freihandelsverhandlungen zwischen der EU und dem Mercosur sowie jenen zwischen der Efta und dem Mercosur zu beurteilen. Letztere haben vor einem Jahr begonnen. Seither wurden drei Verhandlungsrunden durchgeführt. Die vierte Runde soll im Juli in Genf stattfinden.

Efta-Verhandlungen am Anfang

Während die Verhandlungen der Efta noch im Anfangsstadium stecken, sind jene der EU bereits weit gediehen und befinden sich auf der letzten Meile. Ob ein schneller Abschluss möglich ist, ist jedoch unsicher. Klar scheint nur, dass die EU offenbar bereit ist, nahezu 100 000 t Fleischimporte zu akzeptieren. Grössere Differenzen gibt es jedoch in den Bereichen Textil und Schuhe sowie bei den Automobilbestandteilen. Zudem leisten Frankreich und Irland innerhalb der EU Widerstand. Ein weiterer Unsicherheitsfaktor sind die Wahlen in Brasilien im Herbst, die die Verhandlungen verzögern könnten.

Bereitschaft zur Marktöffnung gross

Die Bereitschaft, die Märkte des Mercosur zu öffnen, ist vor allem in Argentinien mit Händen greifbar. Die Regierung Macri hat erkannt, dass die dringend nötigen innenpolitischen Refor-



Der Medienandrang zeigt, wie gross das Interesse an einem Abkommen ist: Medienkonferenz im Anschluss an das Treffen mit dem Aussenminister von Uruguay.

men nur möglich sind, wenn es gelingt, Argentinien zu öffnen und zurück auf die Weltbühne zu bringen. Argentinien dürfte deshalb auch zu Konzessionen

gegenüber, da die argentinische Industrie kaum wettbewerbsfähig ist. Da die Efta-Staaten Schweiz und Norwegen im Agrarbereich einen hohen Grenz-

«Die Schweiz sollte die Zeit nutzen, um mit der Landwirtschaft einen Kompromiss zu finden.»

im Agrarbereich bereit sein. Zudem besitzt die argentinische Industrie einen extrem hohen Grenzschutz. Industrievertreter stehen einem Freihandelsabkommen denn auch skeptisch

schutz aufweisen, dürfte auch hier Raum für Kompromisse bestehen. Auch in Uruguay ist die Bereitschaft hoch, mit der Efta ein Freihandelsabkommen abzuschliessen.

Innenpolitischer Kompromiss gefordert

Das Momentum für ein Freihandelsabkommen zwischen der Efta und dem Mercosur scheint gegeben. Dabei steht die EU für den Mercosur aus politischen Gründen zwar im Vordergrund. Die Gespräche zeigten aber auch, dass man auch mit der Efta ein Abkommen will, auch wenn der Handel zwischen der Efta und dem Mercosur im Vergleich zu jenem mit der EU weit geringer ausfällt. Die Efta-Staaten sind als Investoren hoch willkommen. Und schliesslich wäre der Abschluss eines Freihandelsabkommens mit dem Mercosur für die Schweiz wünschenswert, da die Mercosur-Staaten mit einer Bevölkerungszahl von 260 Millionen einen wichtigen Zielmarkt für unsere Exportwirtschaft darstellen.

Selbst wenn der Abschluss mit der EU bald erfolgen sollte, steht die Schweiz nicht unter Druck, denn das Abkommen mit der EU sieht lange Übergangsfristen vor. Die Schweiz sollte diese Zeit nutzen, um insbesondere mit der Landwirtschaft einen Kompromiss zu finden. Nur wenn es gelingt, ein allfälliges Verhandlungsergebnis auch innenpolitisch abzustützen, ist auch ein erfolgreicher Abschluss im Parlament gewährleistet.



Gespräch mit der Vizepräsidentin von Argentinien, Gabriele Michetti.



Treffen mit dem Aussenminister von Uruguay, Rodolfo Nin Novoa.

März-DV in Zug

FDP geht als Bewegung in die Wahlen 2019

2019 finden nationale Wahlen statt und es gilt, die Erfolge der FDP in den Kantonen auf die nationale Ebene zu tragen. Ein eingespieltes und engagiertes Team an der Spitze der Partei ist dafür unerlässlich. An ihrer Versammlung in Zug bestätigten die Delegierten am 24. März 2018 den eingespielten Vorstand für zwei weitere Jahre. Petra Gössi wurde mit stehenden Ovationen wiedergewählt.



Die Schwyzer Nationalrätin (42) wurde mit stehenden Ovationen als Präsidentin der FDP. Die Liberalen bestätigt.



Der neue Vorstand von unten links nach oben rechts: Daniela Schneeberger, Andrea Caroni, Petra Gössi, Christian Wasserfallen, Christian Vitta, Philippe Nantermod, Beat Schlatter, Andri Silberschmidt, Beat Walti, Thierry Burkart, Rolin Wavre, Hugues Hiltbold, Christian Scheuermeyer und Ruedi Waser. Links im Hintergrund: Samuel Lanz. Es fehlen: Christian Lüscher, Doris Fiala, Thomas Hefti, Frédéric Borloz, Marcel Döbler.



Die Delegierten nahmen den neuen Sicherheitsradar einstimmig an.

Petra Gössi zeigte sich über ihre Wiederwahl durch Standing Ovationen gerührt und bekräftigte ihren Willen, die FDP zu einer Bewegung zu formen – und damit die Ziele für die Wahlen 2019 zu erreichen. Sie und die Vizepräsidenten Andrea Caroni, Christian Lüscher, Philippe Nantermod, Christian Wasserfallen und Christian Vitta sind motiviert, gemeinsam mit der Fraktionsspitze die Partei ins Wahljahr 2019 zu führen. Sie wurden alle einstimmig für die nächsten zwei Jahre bestätigt, ebenso wie die weiteren Mitglieder des Vorstands. Mit den Nationalräten Frédéric Borloz (VD) und Thierry Burkart (AG) haben die Delegierten zwei neue Gesichter als

Beisitzer in den Vorstand gewählt. Philippe Miauton, der sich aus dem Vorstand zurückgezogen hatte, dankten sie für sein langjähriges Engagement.

Ein Sicherheitsradar für die grössten Herausforderungen

Weiter diskutierten die Delegierten über den Sicherheitsradar, der die grössten sicherheitspolitischen Herausforderungen priorisiert. Sicherheit ist eine Kernaufgabe des Staates und die Grundvoraussetzung für eine prosperierende und freie Schweiz. An der Delegiertenversammlung wurde mit dem Sicherheitsradar ein neues Gefäss einstimmig angenommen, das jährlich aktualisiert wird. Der Radar geht auf die drei drin-

gendsten Gefahrenszenarien ein und zeigt politische Handlungsanweisungen auf: der Verlust der Souveränität über den Luftraum, die Bedrohungen

kussion sagten sie mit 202 zu 80 Stimmen bei 7 Enthaltungen Nein zum Geldspielgesetz. Zur Vollgeld-Initiative beschlossen die Delegierten eben-

«Ich will, dass wir eine Bewegung für eine offene Schweiz sind, die für Schweizerinnen und Schweizer einen Mehrwert bringt und diesen auch aufzeigt.»

Petra Gössi über ihre Ziele für die Wahlen 2019

aus dem Cyber-Space und die Gefahr des dschihadistischen Terrorismus.

Schliesslich haben die Delegierten über die beiden Vorlagen des Abstimmungssonntags vom 10. Juni 2018 diskutiert. Nach einer engagierten Dis-

falls die Nein-Parole, mit überwältigendem Mehr. Sie lehnen es ab, dass die Schweiz als Versuchskaninchen für ein weltweit einzigartiges und nie erprobtes Experiment missbraucht werden soll.

Altersvorsorge

«Alter Wein in neuen Schläuchen»

Bundesrat Alain Berset hat die Abstimmungsniederlage offenbar noch nicht verdaut. Anstatt endlich die geforderte ausgewogene Lösung zu präsentieren, versucht er, die Stimmbürger an der Nase herumzuführen.

Bruno Pezzatti, Nationalrat ZG

Bereits im November 2013 hat der Bundesrat die Vorlage Altersvorsorge 2020 lanciert. Die FDP begrüsst diesen Schritt, hat aber bereits in der Vernehmlassung die deutlich überladene und einseitige Vorlage kritisiert. Auch die Botschaft des Bundesrates zuhanden des Parlamentes war unausgewogen. Noch gravierender wurde es aber, als die Mitte-links-Mehrheit zusätzlich einen Ausbau in der ersten Säule integrierte. Die FDP konnte ein derart generationenungerechtes Massnahmenpaket nicht unterstützen.

Ein Trick

Kurz nachdem die Vorlage in der Schlussabstimmung angenommen worden war, veröffentlichte die FDP ihren Plan B. Dank der Aussicht auf eine vernünftigeren Reform konnte die Partei die Bevölkerung von der Ablehnung der AV2020 überzeugen. Nach



Bruno Pezzatti

der Niederlage kündigte Bundesrat Alain Berset an, dass er rasch eine neue Reform in die Wege leiten würde. Seine erste Auslegeordnung entsprach im Groben dem Plan B der FDP, was wir Freisinnigen natürlich sehr be-

grüssten. Erst Anfang März 2018 gab er dann endlich erste konkretere Massnahmen bekannt, und es wurde leider rasch klar, dass Herr Berset seine Abstimmungsniederlage doch nicht verdaut hatte. Er betonte, dass die neue Vorlage, wie von ihm angekündigt, teurer ausfallen würde. Nicht nur bei den Stimmbürgern, sondern auch bei der FDP löste das Stirnrunzeln aus: Wie kann eine Reform, die keinen Rentenausbau vorsieht und sich nur auf die AHV bezieht, teurer sein als die kostspielige AV2020?

Offensichtlich wendete Bundespräsident Berset einen Trick an. Denn der Zeithorizont der neuen Reform (2033) ist deutlich länger als derjenige der AV2020 (2026). Dass damit die Kosten in die Höhe steigen, ist selbsterklärend. Hinzu kommt, dass ab 2030 die Jahrgänge der Generation «Babyboomer» in den Ruhestand treten, was den Finanzierungsbedarf nochmals deutlich erhöhen wird.

Tragbare Lösung statt Wahlkampf

Der Plan B der FDP war stets als Alternative zur AV2020 mit einem vergleichbaren Zeithorizont angedacht. Uns vorzuwerfen, wir hätten nie eine richtige Alternative präsentiert, ist unglaubwürdig. Bundespräsident Berset sollte sich zügig vom Abstimmungskampf lösen und mehrheitsfähige Lösungen und nicht alten Wein in neuen Schläuchen präsentieren. Die bereits angekündigte Erhöhung der MwSt. um 1,7 Prozent, die die jüngeren Generationen überproportional trifft, ist alles andere als eine finanziell ausgewogene Lösung. Sie verunmöglicht zum Vorneherein eine mehrheitsfähige Vorlage. In der Vernehmlassung wird sich die FDP dafür einsetzen, dass dem Volkswillen konsequent Rechnung getragen wird. Es braucht eine ausgewogene Lösung, die einerseits zwar moderate Mehreinnahmen garantiert und andererseits aber gleichzeitig die stetig steigenden Ausgaben bremst.



Grosses Jubiläum

Die FDP Zug feiert 300 Jahre

2018 feiert die FDP Zug ihr Jubiläum «300 Jahre»: 120 Jahre FDP Stadt Zug, 120 Jahre FDP Kanton Zug und 60 Jahre FDP Frauen Zug. Da zugleich die städtischen und kantonalen Gesamterneuerungswahlen stattfinden, begehen wir dieses besondere Jubiläum mit einem grossen Fest.

Patrick Mollet,
Vizepräsident FDP Kanton Zug

Die Festivitäten finden am Samstag, 9. Juni 2018, statt. Während des Tages organisieren wir ein Fest für die ganze Bevölkerung auf dem Landsgemeindeplatz in Zug. Die Mandatsträger sowie die Kandidaten stehen hinter dem Grill und schenken den Besu-

chern Getränke aus. Für musikalische Unterhaltung sorgt die Band Gordon Blö, und für die Kinder steht eine Hüpfburg bereit.

Am Abend feiern wir das Jubiläum FDP-intern mit Ehrengästen aus Politik und Wirtschaft bei einem Gala-Event im Theater Casino Zug. An diesem Event werden prominente Vertreter aus unserer Partei wie Petra Gös-

si, Karin Keller-Sutter, Doris Fiala, Josef Dittli und Damian Müller anwesend sein.

Selbstverständlich freuen wir uns sehr über den Besuch von Freisinnigen aus anderen Kantonen!

Weitere Informationen zu den Aktivitäten finden sich auf unserer neuen Website:

www.fdp-zg.ch/300jahre



120 + 120 + 60 = 300 Jahre FDP Zug.

Regulierungskosten eindämmen

Eine neuartige Regulierungsbremse

Wir sind heute mit zunehmender staatlicher Bevormundung konfrontiert und die Regulierungsdichte zehrt an unserer Wettbewerbsfähigkeit. Mehr Freiheit für Bürger und Gewerbe – mehr Luft zum Atmen – ist dringend notwendig. Die FDP-Liberale Fraktion hat deshalb eine Motion eingereicht, die das Regulierungswachstum bremsen soll.

Hans-Ulrich Bigler,
Nationalrat ZH

Die Regulierungsdichte wächst überall unaufhaltsam. Punktuelle Deregulierungen sind und bleiben grosse Ausnahmen. Die Entwicklung ist leider ungebrochen. Dabei ist es kein Geheimnis, dass die Bürokratie enorme Kosten mit sich bringt. Diese unnötigen Regulierungskosten bremsen die Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, was sich wiederum negativ auf Innovation und Arbeitsplätze auswirkt.

Regulierungskosten betragen 10 Prozent des BIP

In seinem Bericht zu den Regulierungskosten vom Dezember 2013 bezifferte der Bundesrat die Regulierungskosten in dreizehn gemessenen Bereichen auf Bundesebene auf 10 Milliarden Franken. Eine Studie der Universität St. Gallen schätzte die Regulierungskosten bereits 2010 auf etwa 50 Milliarden Franken. Man kann heute davon ausgehen, dass sie rund 10 Prozent des Bruttoinlandproduktes (BIP) ausmachen.

Vorbild Schuldenbremse

Dass die Regulierungskosten längst aus dem Ruder gelaufen sind, ist offensichtlich. Wir erinnern uns: In den Neunzigerjahren kletterte die Schweizer Schuldenquote auf 26 Prozent des BIP, die Situation wurde ungemütlich. Seit dann 2001 die Schuldenbremse eingeführt wurde, hat sich die Lage deutlich verbessert: Seit 2006 weist der Bundeshaushalt keine strukturellen Defizite mehr auf, die Schuldenquote ist sogar zurückgegangen. Die Schuldenbremse ist ein Erfolgsmodell. Warum also sollte die Verfahrensweise der bewährten Schuldenbremse nicht

auch auf das Problem der Überregulierung anwendbar sein?

Qualifiziertes Mehr gegen hohe Regulierungskosten

Die FDP-Liberale Fraktion hat 2016 deshalb eine Motion eingereicht, die darauf abzielt, den Anstieg der Regulierungskosten nach dem Prinzip der Schuldenbremse einzudämmen. Der Vorstoss zielt auf Gesetzesänderungen und generell neue Regulierungen, von denen besonders viele Firmen betroffen sind bzw. zu höheren Regulierungskosten führen.

Betreffen die Auswirkungen einer Vorlage mehr als 10 000 Unternehmen, muss die Vorlage dem qualifizierten Mehr in der Gesamtabstimmung im Parlament unterstellt werden. Die Kennzahl der 10 000 betroffenen Unternehmen wird auch im etablierten «KMU-Test» des Seco verwendet, der



Hans-Ulrich Bigler

bei der Regulierungsfolgekosten-Abschätzung zum Einsatz kommt.

Wenn die Regulierungsfolgekosten einer Vorlage über einer vom Bundesrat zu bestimmenden Kostenschwelle liegen, ist diese Vorlage ebenfalls dem qualifizierten Mehr beider Räte zu unterstellen. Bei der Definition dieser

Kostenschwelle ist sowohl eine absolute Zahl in Schweizer Franken als auch eine Relationszahl denkbar. Entscheidend ist vielmehr, dass die einmal definierte Regulierungskosten Schwelle stabil bleibt.

Ball liegt beim Ständerat

Dieser Automatismus erlaubt es, das Wachstum künftiger Regulierungen und damit auch der unnötigen Regulierungskosten einzudämmen. Mit dieser Regulierungsbremse geben wir dem Parlament ein dringend benötigtes Instrument in die Hand, um den Anstieg der Regulierungskosten einzudämmen. Sie baut dabei auf die Erfahrungen mit dem bewährten Instrument der Schuldenbremse auf. Der Nationalrat hat unsere Motion in der vergangenen Frühlingssession gutgeheissen, womit als Zweitrat nun der Ständerat an der Reihe ist.



Überregulierung wird zu einem immer grösseren Problem.

Anti-Bürokratie-Briefkasten

Helfen Sie der FDP.Die Liberalen im Kampf gegen die Bürokratie. Beschreiben Sie uns Ihr Problem mit absurden bürokratischen Vorschriften. Wir werden diese sammeln und uns im Parlament für den Abbau dieser schädlichen und unsinnigen Regulierungen einsetzen. Wir sind dankbar für Ihren Hinweis. Je konkreter und präziser, umso effektiver lassen sich die Bürokratieprobleme bekämpfen. Ihre FDP engagiert sich für Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt – und entschieden gegen unsinnige Bürokratie.

<https://www.fdp.ch/partei/buerokratie-briefkasten/>

Lohnleichheits-Debatte

Leistung muss sich lohnen – für Unternehmen und alle Mitarbeitenden

**Petra Studer, Vize-Präsidentin
FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz**

Im März wies der Ständerat die Revision des Gleichstellungsgesetzes zur Förderung der Lohngleichheit an die zuständige Kommission (WBK-S) zurück mit dem Auftrag, Alternativen zur bundesrätlichen Vorlage zu prüfen. Der Bundesrat will Unternehmen mit mindestens 50 Mitarbeitenden verpflichten, Lohnunterschiede zwischen den Geschlechtern transparent zu machen, indem alle 4 Jahre eine von unabhängiger Stelle zu prüfende Lohnanalyse durchgeführt wird und die Angestellten über das Ergebnis informiert werden. Die WBK-S hatte die Vorlage in der ersten Lesung bereits abgeschwächt: So sollten nur Unternehmen mit 100 oder mehr Angestellten zur Lohnanalyse verpflichtet und die Regelung auf 12 Jahre befristet werden.

Unternehmen sensibilisieren

Auch die FDP Frauen Schweiz fordern eine Befristung auf 10 Jahre, damit der Anpassung des Gleichstellungsgesetzes keine dauerhafte Bürokratie geschaffen werden darf. Das Ziel besteht darin, die Unternehmen zu sensibilisieren, dass auch im Jahr 2018 gewisse Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen nicht anhand klarer Kriterien (wie Ausbildung, Erfahrung oder Berufsunterbrüche) erklärbar sind.

Das freisinnig-liberale Credo «Leistung muss sich lohnen» soll für alle Arbeitnehmenden gleichermaßen gelten. Ein spezielles Augenmerk gilt den Einstiegsgehältern nach Berufsausbildung oder Studium; eine tiefere LohnEinstufung wird oft über Jahre mitgezogen und es ist schwierig, ein grösseres Lohndelta zu gleich qualifizierten Kollegen im Laufe der Karriere aufzuholen. Die Sensibilisierung

ist insofern notwendig, weil der Frauenanteil in den Geschäftsleitungen in der Schweiz immer noch sehr tief ist; der jüngste Schilling-Report zeigt, dass er im Jahr 2018 im Vergleich zum Vorjahr sogar von 8 Prozent auf 7 Prozent gesunken ist. Die aktuell im Parlament behandelte Aktienrechtsrevision kann hier die Weichen mit ebenfalls befristeten Richtwerten neu stellen. Solange wir in den Führungsgremien, wo Löhne fixiert werden, nicht vermehrt gemischte Teams haben, braucht es ein spezielles Engagement für die Lohngleichheit.

Keine staatlichen Lohngleichheitsexperten

Die FDP Frauen zeigten sich mit der ursprünglichen Vorlage des Bundesrates aber nur bedingt einverstanden und forderten weitere Anpassungen. Es sollen nur Unternehmen, welche der ordentlichen Revision unterstehen

und damit mehr als 250 Mitarbeitende beschäftigen, zur Lohnanalyse verpflichtet werden; die Vergleichbarkeit der Löhne innerhalb eines Unternehmens ist nur möglich, wenn ein statistisch genügend grosses Mengengerüst besteht. Im Weiteren lehnen die FDP Frauen die Einführung von staatlich anerkannten Lohngleichheitsexperten/-innen ab, denn es macht keinen Sinn, für eine zu befristende Regelung eine neue Berufskategorie zu schaffen. Überdies soll der Bund sein Standard-Analysemodell allen Arbeitgebern kostenlos zur Verfügung stellen, und die Information der Angestellten über das Ergebnis der Analyse hat nicht zwingend schriftlich zu erfolgen, sondern es könnten auch bestehende Informationskanäle genutzt werden.

Die Leistungen zugunsten der Lohngleichheit werden sich nicht zuletzt für die Reputation der Unternehmen lohnen.

Generalversammlung

FDP Frauen – Speerspitze liberaler Gesellschaftspolitik

**Doris Fiala, Präsidentin
FDP.Die Liberalen Frauen Schweiz**

Die FDP Frauen Schweiz hielten ihr Versprechen und hielten ihre GV 2018 in der Waadt, in Lausanne Ouchy, ab. Am Vorabend besuchten sie begeistert die Hotelfachschule Lausanne. Die Anwesenden zeigten sich nach einem bewegenden Eintrittsreferat von Bundesanwalt Michael Lauber und einem kontradiktorischen Podium überzeugt. Sie beauftragen ihre Präsidentin, Doris Fiala, den fortschrittlichen Geist in die Nationalrats- und Ständeratsfraktion zu tragen. Sehr deutlich bei nur 2 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen sagten die Delegierten der FDP Frauen Schweiz ja zur parlamentarischen Initiative «Ehe für alle».



Am Vorabend der GV trafen sich 23 Frauen, um die Hotelfachschule in Lausanne zu besichtigen.



RR De Quattro, Präsidentin FDP Frauen Kanton ZH Sibylla Stoffel, Doris Fiala und die neue Quästorin, Birgitt Siegrist aus Zug.

Herzliche Verabschiedung

Irene Thalmann wurde mit grossem Dank für ihr langjähriges Engagement

herzlich verabschiedet. Für das Generalsekretariat der FDP Frauen wirken ab sofort Chiara Lustenberger und

Luis Tschümperlin, die sich mit ihren Vorstellungen auf Deutsch und Französisch viele Sympathien sicherten.

Generalversammlung RADIGAL

Wir bekennen Farbe – seit 2003!

Am 17. März 2018 führte RADIGAL ihre jährliche Generalversammlung durch. In diesem Jahr fand die Veranstaltung anlässlich der Gründung der Westschweizer Sektion in Lausanne statt. Mit rund einem Drittel anwesender Mitglieder war sie sehr gut besucht. Zumal Personen aus der ganzen Schweiz an den Lac Léman reisten. Ausser der Sektionsgründung standen eine Erweiterung des Vorstands, die Vorstellung einer Imagebroschüre sowie eine Rede von Ständerat Raphaël Comte auf dem Programm.

Michael Lindenmann, Vorstandsmitglied RADIGAL

Seit 2003 setzt sich RADIGAL als Fachgruppe der FDP und der Jungfreisinnigen für die individuelle Selbstentfaltung von Lesben, Schwulen, Bi-, Trans- und Intersexuellen (LGBTI = Lesbian, Gay, Bi-, Trans-, Intersexual) auf Basis liberaler Grundwerte ein. Auch wenn LGBTI in vielen Bereichen schon in der Mitte der Gesellschaft angekommen sind, ist eine vollständige Gleichstellung noch nicht erreicht. Die Ehe für alle ist hierfür ein Beispiel. Die rege Teilnahme an der diesjährigen GV bestärkte die Mitglieder, sich weiterhin für die Anliegen von LGBTI einzusetzen.

Gründung der Westschweizer Sektion

Die Einheit in der Vielfalt leben – so lautet ein Credo der Schweiz! Demzufolge war es insbesondere für RADIGAL an der Zeit, auch in der Roman- die mit einer eigenen Sektion vertreten zu sein. Nachdem bereits im letzten Jahr erste Kontakte geknüpft worden



Der erweiterte Vorstand mit Ständerat Raphaël Comte (von links): Marc Lindt, Jacques Douzals, Mentari Baumann, Odilo Lamprecht, Michel Tschanz, Marco Baumann, Michael Lindenmann. Es fehlen Raphael Scherrer und Stefan Fritschi.

waren, konnte die Westschweizer Sektion von RADIGAL anlässlich der GV in Lausanne endlich aus der Taufe gehoben werden.

Erweiterter Vorstand

Im Rahmen der GV wurde alsdann auch der Vorstand von RADIGAL erweitert. Für die Westschweizer Sektion haben Jacques Douzals und Michel Tschanz Einsitz genommen. Ebenfalls neu im Vorstand ist Michael Lindenmann. Marco Baumann, bisher verantwortlich für Events und Community, ist neu Vizepräsident. Verabschiedet und verdankt wurde Christian Dünner. Die übrigen Vorstandsmitglieder, Odilo Lamprecht, Stefan Fritschi, Raphael Scherrer, Marc Lindt und Mentari Baumann, wurden bestätigt.

Positionspapiere und Imagebroschüre

Als LGBTI-Fachgruppe der FDP und der Jungfreisinnigen möchte RADIGAL als Ansprechpartner und Beratungsgremium rund um das Thema LGBTI wirken. Um dies zu forcieren, wurden im vergangenen Jahr drei Positionspapiere sowie eine Imagebroschüre erarbeitet. Sie soll dazu dienen, RADIGAL parteiintern bekannter zu machen sowie über die Anliegen und Positionen von RADIGAL aufzuklären.



Pünktlich eröffnete Odilo Lamprecht, Präsident von RADIGAL, die Generalversammlung in Lausanne.



Mit rund einem Drittel anwesender Mitglieder war die Generalversammlung sehr gut besucht.

Hoher Besuch und gemütliches Ausklingen

Beschlossen wurde die GV mit einer Rede von Ständerat Raphaël Comte. Er lobte das bisherige Engagement von RADIGAL, begrüßte die Gründung der Westschweizer Sektion und wünschte RADIGAL als LGBTI-Fachgruppe der FDP und der Jungfreisinnigen weiterhin viel Erfolg beim Erreichen ihrer Anliegen, die durch und durch liberal seien. Alsdann liessen die Anwesenden den Abend in gemütlicher Runde bei einem Fondue ausklingen.

FDP Urban

Eine liberale Städtepolitik für die Schweiz

Die Stadtparteien der grossen Städte der Schweiz haben im März FDP Urban gegründet. Ziel ist es, eine liberale Stadtpolitik zu konkretisieren und damit die Schlagkraft der FDP im urbanen Raum der Schweiz zu steigern.

**Beat Habegger, Kantonsrat,
Vizepräsident FDP Stadt Zürich**

Die FDP ist in den Städten auf Kurs. Das haben zuletzt etwa die Wahlen in die Gemeindeparlamente des Kantons Zürich gezeigt: In allen zwölf Städten hat die FDP an Wähleranteil zugelegt. Zugleich müssen wir weiter gegen die rot-grüne Dominanz in den grossen Schweizer Städten antreten. Denn auch im urbanen Raum muss nicht alles staatlich unterstützt sein; nicht alles muss in der Hand der Verwaltung liegen; und der haushälterische Umgang mit finanziellen Mitteln ist auch hier eine Verpflichtung der nächsten Generation gegenüber. Wir brauchen deshalb in der Schweiz eine liberale Stadtpolitik als glaubwürdige Alternative zur rot-grünen Doktrin.

Warum FDP Urban?

Die Schweizer Städte stehen vor ähnlichen Herausforderungen. Deshalb ist es sinnvoll, dass die liberalen Kräfte verstärkt zusammenarbeiten. Die Stadtparteien von Basel, Bern, Genf, Lausanne, St. Gallen, Winterthur und Zürich gründeten deshalb FDP Urban mit dem Ziel, sich besser zu vernetzen, voneinander zu lernen, Aktivitäten bei Bedarf zu koordinieren und neue Ideen zu entwickeln. Inhaltlich konzentriert sich FDP Urban auf Themen, die für



Beat Habegger

die Städte zentral sind. Unser Thesepapier, das anlässlich des Kick-offs in Bern am 8. März 2018 vorgestellt wurde, greift vier Bereiche auf: Mobilität der Zukunft, urbanes Wohnen, Kreativ-Produktive Stadt sowie Smart City und Smart Governance.

Was will FDP Urban?

Unsere Ziele sind klar: Wir wollen unsere Wähleranteile in den Städten weiter ausbauen. Wir wollen in den Stadtregierungen aller grossen Städte gut vertreten sein. Und wir wollen unsere freisinnig-liberalen Positionen überall kraftvoll vertreten. Dafür wollen wir der von Rot-Grün gepflegten Behauptung, dass nur sie Stadtpolitik machen könne, ein starkes liberales Zeichen entgegenhalten. Neben der

liberalen Politik in den einzelnen Städten schaffen wir mit FDP Urban eine «nationale Klammer», die die grossen Städte der Schweiz verbindet.

Mit FDP Urban wollen wir die bewährte freisinnige Politik auf die spezifisch städtischen Herausforderungen ausrichten und liberale Lösungen entwickeln. Denn die FDP zieht in der ganzen Schweiz am gleichen Strick: im Süden und Norden, in Berg und Tal, in Stadt und Land.

Liberaler Städtetagung

Als nächster Schritt wird die FDP Urban zum ersten Mal eine liberale Städtetagung organisieren. Diese wird in Zürich stattfinden und Entscheidungsträgern in den Städten Impulse und liberale Antworten auf städtische Kernanliegen vermitteln. Damit wir gemeinsam unsere Schlagkraft im urbanen Raum steigern können – im Interesse der Städte und der ganzen Schweiz.



Kick-off von FDP Urban in Bern (von links): Christian Wasserfallen, Regine Sauter, Bernhard Eicher, Beat Habegger, Françoise Salamé, Roger Dornier.

FDP URBAN



Website: www.fdp-urban.ch

Thesepapier: <https://www.fdp-urban.ch/positionen/>

Twitter: https://twitter.com/fdp_urban

Facebook: <https://www.facebook.com/fdpurban/>

Swiss Venture Club / StrategieDialog21

Mehr Ideen für weniger Paragraphen

Im Interview mit Andreas Gerber, Präsident Swiss Venture Club und Mitinitiant des Preises für schlaue De-Regulierung «5-vor-12».

Der Swiss Venture Club und der StrategieDialog21 sind Initianten des Preises für schlaue De-Regulierung – was ist die Idee dahinter?

Andreas Gerber: In meiner Tätigkeit als SVC-Präsident und als Leiter KMU-Geschäft Schweiz der Credit Suisse (Schweiz) AG bin ich täglich mit Unternehmerinnen und Unternehmern in Kontakt. Dabei ist immer ein Diskussionspunkt, mit welcher Fülle an Bürokratie und Vorschriften sich diese auseinandersetzen müssen. Und die Fakten belegen: Die Regulierungen nehmen täglich zu!

«Die Regulierungsdichte muss ein gesundes Mass annehmen.»

Meine Mitinitianten Jobst Wagner, Dr. Beat Brechbühl und ich setzen uns persönlich dafür ein, dass ein Zeichen für eine unternehmerische, innovative und damit leistungsfähige Schweiz gesetzt wird. Aus unserer Sicht ist es Zeit zu handeln, es ist fünf vor zwölf: Damit die Schweiz weiterhin ein attraktiver und unternehmerfreundlicher Standort bleibt, muss sie deregulieren, und dort wo nötig, mit Augenmass regulieren. Die Regulierungsdichte in der Schweiz muss ein gesundes Mass annehmen – 5vor12 ist in diesem Kon-



Andreas Gerber

text ein bewusst positiv gewählter Impuls.

Der Preis wird von einem prominenten Patronatskomitee getragen – und auch die Jury ist breit abgestützt. Nach welchen Kriterien wird die Jury aus den eingegangenen Ideen das Siegerprojekt auswählen?

Gerber: In der Tat dürfen wir auf die Unterstützung vieler Persönlichkeiten zählen, die mit ihrem Engagement einen wesentlichen Teil zur Glaubwürdigkeit wie auch zum Gelingen beitragen. Die Jury beurteilt dann die ein-

gereichten Ideen nach folgenden Kriterien: Ist die Idee konkret? Ist sie umsetzbar? Hat sie Breitenwirkung? Ist sie relevant und originell?

Wann und wo wird der Preis verliehen?

Gerber: Die Veranstaltung sowie die Preisvergabe wird am 18. September 2018 um 22.00 Uhr im Berner Rathaus stattfinden. Den Preis übergeben wir – nomen est omen – um 23.55 Uhr!

Erfahren Sie mehr zum Projekt unter: www.5-vor-12.ch. Mitglied des Patronatskomitees ist auch Petra Gössi, FDP-Präsidentin und Nationalrätin.

MEHR IDEEN FÜR WENIGER PARAGRAFEN

**GESUCHT:
INNOVATIVE & CLEVERE
DEREGULIERUNGSDIENEN**



**PREIS FÜR
SCHLAUE
DEREGULIERUNG**
www.5-vor-12.ch

Initiated by

STRATEGIEDIALOG21
Stiftungsfonds | www.strategiedialog21.ch



Supported by



Spenden

Gemeinsam weiterkommen

Liebe Freisinnige

Der «Freisinn» erhält in nächster Zeit eine Auffrischung. Ziel ist es, unseren Leserinnen und Lesern auch in Zukunft den besten Service bieten zu können. Das kostet Zeit, Schweiß – und Geld. Wir sind daher nicht nur dankbar für Ihre Anregungen und Ihre Kritik, sondern auch für Ihre kleine Spende zugunsten des «Freisinns». Das hilft uns, die anstehenden Projekte besser anpacken zu können.

Gemeinsam weiterkommen – Danke für Ihre Unterstützung!

Liberaler Grüsse, Die Redaktion

Spenden: **FDP.Die Liberalen**; IBAN: CH44 0483 5027 7300 3100 0; Vermerk «Freisinn»

Gedanken zum Gemeinsinn

Mehr Gemeinsinn = mehr Lebensqualität

Was macht die Schweizer Mentalität aus? Es ist der spezielle Gemeinsinn. Dazu gehört der grosse Anteil der Freiwilligenarbeit, der selbstlos und mit viel Herzblut im ganzen Lande geleistet wird. Es stellt sich die Frage, ob diese Klammer des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Zeiten von «me first» stark genug ist? Allzu schnell wird heute der Ruf nach dem Staat laut, sich einzumischen, Angebote zu kreieren und sofort einzuspringen, statt die Menschen eigenverantwortlich wirken zu lassen. Hier steht die FDP in einer besonderen Herausforderung, um den Gemeinsinn nicht als «zierendes Anhängsel» mitzuführen, sondern entschieden für die Stärkung dieses Gemeinsinns hinzustehen.

Charly Freitag*

Freiwilligenarbeit ist unbezahlbar. Um sich aber ein Bild machen zu können, muss man sich nur ein paar Zahlen vor Augen führen. Gesamthaft werden pro Jahr rund 700 Millionen Stunden Freiwilligenarbeit geleistet, welche einem Geldwert von geschätzt 35 Milliarden Franken entsprechen. Mit diesen jährlichen Leistungen liesse sich rund dreimal den Gotthard-Basistunnel mit Kosten von 12,2 Milliarden Franken realisieren.

«Chitt» für das Miteinander

Freiwilligenarbeit ist nicht nur ein Geben, sie gibt auch viel zurück, weil sie Menschen verbindet, Freundschaften schmiedet und der Sinn dieses Engagements echte Glücksgefühle vermittelt. Auch politische Arbeit ist meist Freiwilligenarbeit. Unser direktdemokratisches Politsystem würde ohne das freiwillige Engagement innerhalb der Ortsparteien, Interessensgruppen und Abstimmungskomitees nicht funktionieren. An deren Stelle würde viel-

«Freiwilligenarbeit ist ein wesentlicher Bestandteil des Gemeinsinns.»

leicht staatliche Propaganda treten oder gigantische Wahl- und Abstimmungsapparate, wie wir sie teilweise vom Ausland kennen. Das will wohl niemand.

Bürokratie als Bremsklotz?

Es ist Aufgabe der Politik, Hindernisse für das freiwillige Engagement aus dem Weg zu räumen und ein möglichst



Charly Freitag

breites freiwilliges Engagement der gesamten Bevölkerung zu ermöglichen. Leider sind es vielfach staatliche Regelungen, die den Einsatz von Freiwilligenarbeit erschweren oder sogar verhindern. So werden Anforderungen an freiwillig Leistende hoch angesetzt.

Dies führt dazu, dass auf den Einsatz von Freiwilligen verzichtet werden muss, obwohl dieser in unterstützenden Funktionen einen bedeutenden Mehrwert mit sich bringt. Aber auch Fragen aus dem Haftpflichtrecht und dem Arbeitsrecht stehen im Weg. Es gilt, diese Regelungen mit dem Wissen um die grosse Bedeutung der freiwilligen Arbeit für unsere Gesellschaft so

auszugestalten, dass der Freiwilligeneinsatz unbürokratisch möglich ist.

Wertschätzen der freiwilligen Arbeit

Freiwilligenarbeit verdient mehr als den Dank. Freiwilligenarbeit verdient echte Wertschätzung. Und diese Wertschätzung lässt Verbundenheit und Vertrauen wachsen. Der Politik ist die Bedeutung der Freiwilligenarbeit oft zu wenig bewusst. Vom öffentlichen darüber reden, über einfache Dankesanklässe bis hin zum Hervorheben der konkreten Wirkungen braucht es ein schärferes Bewusstsein. Und wer das Bewusstsein schaffen kann, ist in der Lage, die enormen Leistungen der Freiwilligenarbeit auch zu schätzen. Wir Liberale mit dem mündigen Menschen im Zentrum haben eine wichtige Botschaft, jene des Gemeinsinns und

damit das Interesse am Wohlergehen des Mitmenschen. Das Ergebnis daraus ist die Sinnstiftung, was das Gefühl von Lebensqualität vermittelt.

Es geht um Gemeinsinn

Die FDP hat sich aus gutem Grund den Wert des Gemeinsinns auf die Fahne geschrieben. Es geht dabei um das Bedürfnis der Menschen, füreinander da zu sein und Gutes zu tun. Freiwilligenarbeit ist ein wesentlicher Bestandteil des Gemeinsinns. Unterstützen wir die Freiwilligenarbeit, seien wir selber Teil davon – und setzen wir uns für ein passendes Umfeld ein – aus Liebe zur Schweiz – und für mehr Gemeinsinn!

*Charly Freitag ist Präsident von Benevol Luzern – Fachstelle für Freiwilligenarbeit, Gemeindepräsident von Beromünster und Luzerner Kantonsrat.

Agenda

Nichts verpassen!

24. bis 25. Mai	FDP International: Besuch in Brüssel
28. Mai bis 15. Juni	Sommersession
9. Juni	«300 Jahre FDP Zug»
10. Juni	Eidgenössische Volksabstimmung
12. Juni	FDP Frauen: (Women in Blockchain)
23. Juni	Delegiertenversammlung in Airolo
18. August	Nationaler Wandertag der FDP Schweiz
10. bis 28. September	Herbstsession
23. September	Eidgenössische Volksabstimmung
29. September	Delegiertenversammlung in Baselland
25. November	Eidgenössische Volksabstimmung
26. Nov. bis 14. Dez.	Wintersession



Umfrage

Gemeinsam weiterkommen!

Mit Ihrer Rückmeldung zum Freisinn helfen Sie uns, das Organ der FDP.Die Liberalen zu verbessern! Nutzen Sie auch die Gelegenheit, online an der Umfrage teilzunehmen. Vielen Dank!

1. Der Schweizer Freisinn:

- Ist gut, ich bin zufrieden
- Sollte weiterentwickelt werden
- Sollte abgeschafft werden

2. Die Beiträge sind:

- Zu lang
- Zu kurz
- Informativ
- Langweilig

3. Nationale Schwerpunktthemen sind:

- Eine gute Idee
- Nicht gut
- Weiss nicht

4. Der Schwerpunkt sollte:

- Am Anfang kommen
- Erst nach kantonalen Meldungen/Artikeln kommen

5. Im Freisinn lese ich gerne:

6. Im Freisinn fehlt mir Folgendes:

7. Der Freisinn sollte nur noch elektronisch erscheinen:

- Ja
- Nein

8. Eine Freisinn-App mit erweiterten Inhalten:

- Würde ich eher nicht nutzen
- Würde ich eher nutzen
- Weiss nicht

9. Weiteres:

10. Angaben zur Person (freiwillig):

Alter:

Geschlecht:

Wohnkanton:

E-Mail:

FDP-Mitglied seit:



Bitte retournieren Sie die Umfrage auf folgenden Wegen:

Per Post:

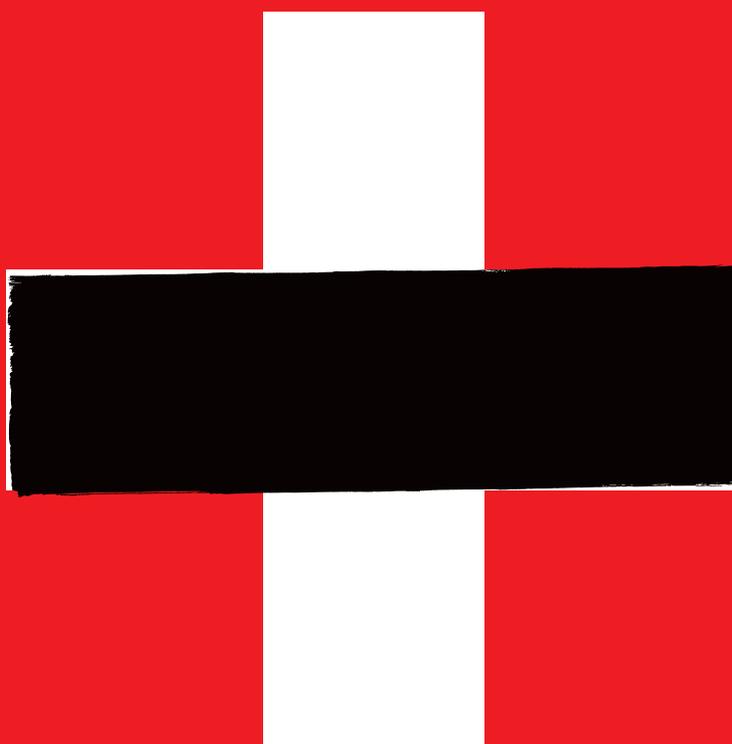
FDP.Die Liberalen
Michael Schoy
Neuengasse 20, Postfach
3001 Bern

Per E-Mail an:

schoy@fdp.ch

Nehmen Sie bequem online an der Umfrage teil auf: www.fdp.ch/freisinumfrage oder scannen Sie den Code:





In der Schweiz **INTERNET-ZENSUR** einführen um **Casino-Gewinne** zu schützen?

In Zukunft soll das Internet zensuriert werden – nur um die Casinos und deren Gewinne zu schützen – statt die Spielsüchtigen. Internet-Sperren sind illegal einfach zu umgehen, was zu einem regen Geldspiel-Schwarzmarkt führen wird. So entgehen künftig Steuereinnahmen für die AHV.

Das Gesetz löst also keine Probleme, sondern schafft nur neue, grössere. Wir fordern deshalb ein besseres Gesetz. **Darum: NEIN zu Internet-Zensur, NEIN zu unfairem Protektionismus, NEIN zu ungenügendem Spielerschutz und NEIN zum irrigen Geldspielgesetz. Infos auf gsg-nein.ch**

NEIN
ZU INTERNET-SPERREN

NEIN
ZUM GELDSPIELGESETZ